

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahmen vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Karl Weizsäcker in Rähnitz-Wellerau.

Nr. 268

Dresden, Freitag, 16. November

1928

Die Reichstagsdebatte um den Panzerkreuzer. Das Rededuell Wels — Groener.

Nach der „Neuen“ Mitwirkung war heute „großer Tag“ im Reichstag. Schon vor den Portalen Ansturm von Neugierigen, die interessiert die Ankünfte der Abgeordneten beobachteten. Im Saale selber alle Bänke besetzt, die Publikumstribünen überfüllt, neben den Ministern der Chef der Reichsmarineleitung und zahlreiche Offiziere. Zur Begründung ihres Antrages traten die Sozialdemokraten den Abg. Wels vorgehend und ihn damit vor keine angenehme Aufgabe gestellt. Höfliche Zwischenrufe der Kommunisten. Lachen und Unruhe auf der Rechten unterbrachen seine Ausführungen immer aufs neue. Aus der Stimmung des Hauses ging deutlich hervor, daß die Sozialdemokratie in diesem Kampfe auf keine Hilfe zu hoffen hatte. In ihren eigenen Reihen sah man der Zustimmung mit Skepsis entgegen. Nach einer Rede des Abg. Hedert (Komm.), die wie immer in ein Privatduell zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ausartete, ergriß unter großer Spannung des Hauses, von den Kommunisten scharf begrüßt, Reichswehrminister Groener das Wort. Die ruhigen und sachlichen Beleuchtungen des Reichsministers, das Können, das er dem Hause über modernes Marinewesen gab fand aufmerksame Hörer, besonders, da man hier zum erstenmal Einzelheiten über den positiven Gefährdungswert des neuen Panzerkreuzers zu hören bekam.

Nur die Kommunisten vollführten ihr übliches Vorkommern. Die Mehrheit des Hauses schien aber einer Krise aus dem Wege gehen zu wollen. Erst die scharfe Rede des deutschnationalen Abgeordneten Trebitz ließ die Wogen der Erregung höher gehen. Verschiedene seiner Behauptungen, die persönlich gegen Hermann Müller gerichtet waren, veranlaßten den Reichskanzler zu einer Erklärung. Mit scharfer Erregung wies Hermann Müller die Behauptung des deutschnationalen Redners zurück, die ihm ein „unehrliches Spiel“ zum Vorwurf gemacht hatte. Nach einer Erklärung des Abgeordneten Lecht, die die bayerische Volkspartei würde die sozialdemokratischen und kommunistischen Antisätze ablehnen, vertagte sich das Haus auf Freitagnachmittag. Zusammenfassend geht aus der ganzen Stimmung der gestrigen Reichstagsdebatte hervor, daß die leidige Panzerkreuzerfrage nicht zu einer Krise führen wird, eine Annahme, die schon deshalb wahrscheinlich ist, weil eine solche Krise im Augenblick nicht im Interesse der sozialdemokratischen Partei läge. In Abzügen dürften sich die Sozialdemokraten inzwischen davon überzeugt haben, daß ihre Antisätze bei der kommenden Abstimmung keine Mehrheit finden werden. Mit diesem Wissen dürften sie sich, wenn nicht alle Antisätze kühlen, sehr zufrieden geben. Wie lassen den Bericht folgen:

Abg. Wels (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“ Dieser Antrag sei die einfache Konsequenz aus dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen, bei denen die große Mehrheit der Wähler sich gegen den bisherigen Kurs und damit auch gegen den Panzerkreuzerbau entschieden habe. Diese Entscheidung werde auch nicht beeinträchtigt durch den möglichen Ausfall des kommunistischen Volksbegehrens. Das Parlament ist frei und an Beschlüsse des verflochtenen Reichstages nicht gebunden, wie es vielleicht die Regierung ist. (Lachen rechts und bei den Komm.) Wenn der Reichswehrminister der Entscheidung des Parlaments vorgegriffen und Aufträge von mehr als 30 Millionen über die bewilligte Rate hinaus erteilt hat, so steht dieser Fall ohne Widerstand da. (Lachen und Lachen rechts.) Der Reichsminister mußte wissen, daß es sich hier nicht um eine etatsrechtliche, sondern um eine höchst politische Frage handelte. Er wußte, welche Rolle die Panzerkreuzerfrage auch im letzten Wahlkampf gespielt hat. (Lachen und Lachen rechts.) Jurale von den Nat.-Soz., Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) erhält einen Einwand.

Wenn der Reichswehrminister durch sein Vorgehen und in eine Zwangslage bringen wollte, so legen wir ihm, daß die sozialdemokratische Fraktion sich diesem Zwang nicht fügen wird. (Lachen rechts.) — Abg. Goebbels (Nat.-Soz.) erhält den

zweiten Ordnungsruf.) Unser Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbau richtet sich nicht gegen die Reichswehr. Wir wollen die Reichswehr erhalten, um sie zu einem zuverlässigen Instrument der Deutschen Republik zu machen. (Lachen und Gelächter rechts.) Unser Antrag entspricht dem Willen zur Zweckmäßigkeit und Sparlichkeit. Vizepräsident v. Wolfers und die meisten übrigen Marinemänner haben bezeugt, daß ein Panzerkreuzer vom Typ A ein ganz unbrauchbares Verteidigungsmittel für uns wäre. Im Kampf mit einer modernen Seemacht wäre dieses Schiff nur eine Schiffschleife, die ohne jede Abwehrmöglichkeit von einem Zinerschiff mit einem einzigen Schuß versenkt werden kann. Selbst unter politischen Segeln, der Kapitän Ehrhardt, bezeichnet den Bau eines solchen Schiffes als eine nutzlose militärische Spielerei, um die bürgerliche Gesellschaft zu verblöden. (Hört, hört!) Was

anderen Gebieten die Wohnungsmot noch einen so furchtbaren Umfang hat, solange die Gesundheitsverhältnisse im Protektorat so jämmerlich sind wie jetzt, so lange dürfen die Mittel der Steuerzahler nicht diesen dringenden Aufgaben entzogen und für militärische Spielereien vergeudet werden.

Wenn Sie (nach rechts) solche Schiffe haben wollen, so sammeln Sie selbst dafür einen neuen Leihbeitrag! Die furchtbare Not des Volkes darf nicht die Hellinge sein, auf die das Panzerschiff gelegt wird. (Lebt, Weisheit d. d. Soz.)

Von den Kommunisten ist die sofortige Abstimmung über ihren Antrag auf Vorlegung der Denkschrift des Reichswehrministers verlangt worden. Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Hedert (Komm.) begründet hierauf die kommunistische Interpellation. Das Panzerschiff A

finanziellen Möglichkeit der Inangriffnahme des Baues vor. In der Entscheidung ist dann auch ausdrücklich der alsbaldigen Vornahme der reinen Konstruktionsarbeiten zugestimmt worden.

Die Reichsregierung hatte nach der Entschließung des Reichstages eine Entscheidung nur noch hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten. Die Untersuchung durch das Kabinett hat ergeben, daß für den laufenden Etat 1928 durch die Veranschlagung der Mittel für die erste Bau-rate keine Schwierigkeiten entstanden. Danach war die Genehmigung zur Vergebung der Lieferungen, die nach der Entschließung des Reichstages nicht vor dem 1. September 1928 erfolgen sollte, zu erteilen. Material handelte es sich für das Kabinett damals nur um diese Entscheidung.

Im Hinblick auf die kommenden Jahre hat das Reichskabinett in finanzieller Hinsicht festgelegt, daß künftige Ersatzbauten der Marine nur innerhalb der Höhe des Normalhaushalts für 1929 ausgeführt werden dürfen.

Es wurde mit voller Zustimmung des Reichswehrministers festgestellt, daß die durch den Bau des Panzerschiffes A entstehenden Mehrausgaben durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten wieder eingebracht werden können.

Damit war der vom Reichstag angewonnenen Anschließung Genüge geschehen. — Es ist richtig, daß über die erste Rate hinaus Aufträge im Betrage von 32 Millionen vergeben werden sind. Das liegt im Rahmen des § 24 der Reichshaushaltsordnung. Selbstverständlich kann ein Schiff nur im ganzen vergeben werden und ebenso die dazu gehörigen Maschinen. Jedemfalls sind Ausgaben über die bewilligte Rate hinaus nicht erfolgt.

Von dem Abg. Hedert ist auch die Behauptung aufgestellt worden, daß dieses Panzerschiff gegen Rußland gebaut wird und daß diese Politik gegen den Sinn des Rapallovertrages verstoße. Die Reichsregierung sieht durchaus auf dem Boden des Rapallovertrages und des Berliner Vertrages. Im übrigen werde ich diese Behauptung nicht ernst nehmen, solange sie mir nicht von dem russischen Botschafter vorgetragen wird. (Grußrufe und Rufe: Sehr gut! Der russische Botschafter Arshinski, der sich in der Diplomatenloge befindet, lächelt.)

Reichswehrminister Groener

wird, als er die Rednertribüne betritt, von den Kommunisten mit lauten Rufsen: „Gundstott!“ empfangen. Vizepräsident Graf erteilt einen Ordnungsruf.

Reichswehrminister Groener erklärt, er wolle die ganze Frage rein sachlich betrachten. Die Reichswehr müsse aus der Politik herausgebracht werden. Das sei nur möglich, wenn es ihm gelinge, die Parteien von der sachlichen Berechtigung seiner Forderungen zu überzeugen. Der Minister unterbricht zunächst die Frage, ob wir eine Marine nötig haben. Ich bejahe diese Frage aus voller Überzeugung, wie sie mit mir der überwiegende Teil des deutschen Volkes bejaht.

Möglichende Gründe dafür sind einmal der Kräftezuwachs, den die Marine dem Landheer bringt, zum anderen die freie Ostsee. Eine Ausbesserung unserer Marine würde uns noch nicht berechtigen, unser Landheer auch nur um eine Kanone zu verstärken. Infolgedessen bedeutet die Marine einen unerheblichen Kräftezuwachs. Auch die kleine Flotte ist die beste Art des Küstenschutzes. Bisher leichter ist infolge der neuen Kriegsmethoden der Kampf aus der Luft gegen Land und Landheer, als gegen einzelne schwimmende Schiffe. Die Marine dürfte im Zukunft daraus sein, wieder eine erhebliche Rolle zu spielen; sie ist eine harte Entlastung des Landes. Der Minister verweist weiter auf den Wert der Flotte für die Aufrechterhaltung unserer Neutralität bei Konfliktsfällen jenseits unserer Grenzen.

Unsere geographische Lage lasse den Fall zu, daß die Marine zur Aufrechterhaltung dieser Neutralität eine wichtige Rolle spielen könnte. Besondere Bedeutung könne sie auch haben, um eine ungehinderte Handelsverkehr zu sichern.

Der Minister weist darauf hin, daß der Außenminister den Gedanken völlig ablehne, als ob der Bau des Panzerkreuzers eine Belastung unserer Außenpolitik darstelle. Wenn die Marine aber Lebensbedeutung habe, dann müsse man ihr auch die Lebensmöglichkeit geben und sie wenigstens in dem wirklich recht bestehenden Rahmen des Berliner Vertrages erhalten. Dazu gehöre in erster Linie der Ersatz veralteten Materials. Auch der vorläufige Schiffbau solle der

Änderung des Sächsischen Landeswahlgesetzes.

(St. K.) Das Gesamtministerium hat beschlossen, dem Landtage den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes zugehen zu lassen. In dem Entwurfe wird u. a. vorgeschlagen, die Vorschriften aufzuheben, welche die Zulassung von Wahlvorschlägen neuer Parteien von der Einzahlung eines Betrags von 3000 RM. abhängig machen. Die gegenwärtigen Vorschriften sind hinsichtlich ihrer Rechtsgültigkeit umstritten, nachdem der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ähnliche Vorschriften anderer

Länder als unvereinbar mit der Reichsverfassung erklärt hat. Die Regierung hat demgegenüber, insbesondere in den noch schwebenden Verfahren vor dem Staatsgerichtshof und dem Reichsgericht, den Standpunkt vertreten, daß diese Vorschriften rechtmäßig sind. Sie hält an dieser Auffassung fest, möchte aber von sich aus die Hand dazu bieten, daß die Vorschriften, die feinerzeit im Landtag nahezu einstimmig angenommen worden sind, um der Zweifel willen, die gegen ihre Gültigkeit geäußert worden sind, aus der Welt geschafft werden.

hat es denn für einen Sinn, einen unvollkommenen Schiffsbau mit schweren Geldopfern herauszubringen, nur weil das Verzeichnis nicht ihn und aufgeworbenen hat? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn die „Germania“ meint, unser Antrag entspringe nur dem Bedürfnis, die Partei zusammenzuhalten, so müssen wir feststellen, daß es im Reichstag keine Partei gibt, die nicht um die Geschlossenheit unserer Partei beneidet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum sollte doch daran denken, wie beispielsweise die Berliner Zentrumorganisation energisch die Ablehnung des Panzerkreuzers fordert hat. (Zurufe rechts: „Sie wollen ja selbst Ihre Leute abkommandieren!“) Abg. Herr v. Stubbendorf, Sie denken wohl daran, wie Sie in Ägypte die Leute kommandiert haben! (Lachen und Gelächter.) Wir haben und immer gegen die Vergebung von Millionen für Schiffbauarbeiten gewandt, die in Wirklichkeit nicht unsere Verteidigung verstärken, sondern nur den viel zu vielen Offizieren im Marinestab und Reichsministerium eine Gelegenheit geben sollen, ihre Notwendigkeit zu beweisen. Wir haben diese Millionen nicht überflüssig. Wir haben ein Loch von 600 bis 700 Millionen im Etat. Wir haben alle verfügbaren Mittel nötig, um das furchtbare Elend unseres Volkes zu lindern. Ich verweise auf die erschütternden Schilderungen, die der Schriftsteller Michel im „Berliner Tageblatt“ von den entsetzlichen Zuständen im Waldenburger Hungergebiet gegeben hat. — Als der Redner Stellen aus diesen Schilderungen vorlas, kommen von den Kommunisten wiederholt Rufe: „Heuchler!“ Der Abg. Wels (Komm.) wird vom Präsidenten Rede wegen fortgesetzter Störungen zweimal zur Ordnung gerufen. — Abg. Wels schließt dann die Rede über die sächsische Landwirtschaft und meint: Für die Kosten des Panzerschiffes können in Sachsen 30000 bis 40000 Bauern angelockt werden. Diese Menschen wären ein besserer Schutz der Ostgrenze als ein im Ernstfälle militärisch unbrauchbares Panzerschiff! Solange in Berlin und

sei keineswegs ein wertloses Spielzeug, sondern eine militärisch sehr wirksame Waffe, aber es sei bestimmt als Waffe der kapitalistisch-imperialistischen Mächte, die Deutschland für sich gewinnen wollen, gegen die russische Sowjetunion. Die Regierung Müller habe nichts gegen den Anschluß der deutschen Dantiers an den antirussischen Brevolventen getan, obwohl dieser Anschluß ein Verstoß gegen den deutsch-russischen Rapallovertrag ist. Die Sozialdemokratie unternehme nichts dagegen, daß das Protektorat an den Fäden des Kreuzes und der Mütze zappelt.

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau könne mit solchen Ausreden nicht verteidigt werden. Die Sozialdemokratie werde in der Koalition bleiben, auch wenn künftigen Panzerkreuzer gebaut werden.

Reichskanzler Müller:

Ich habe in Verantwortung der kommunistischen Interpellation namens der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die Bewilligung der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers A ist durch Reichstag und Reichsrat bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushalts für das Jahr 1928 erfolgt. Beide Körperschaften haben sich durch die Annahme des Reichshaushaltsgesetzes für den Bau des Panzerschiffes ausgesprochen.

Der Reichstag hatte zunächst mit 36 gegen 32 Stimmen die Erreichung der Ansätze für den Neubau des Panzerschiffes in Höhe von zusammen 9,3 Millionen Reichsmark beschlossen. Nachdem der Reichstag aber mit Mehrheit die beantragten Ansätze für den Bau des Panzerschiffes A bewilligt hatte, trat der Reichsrat dem bei, indem er darauf verzichtete, durch seinen Einspruch die Verabschiedung des Etats für 1928 zu verhindern.

Die vom Reichsminister der preussischen Staatsregierung vorgelegene und vom Reichsrat am gleichen Tage angenommene Entschließung sieht lediglich eine nochmalige Nachprüfung der

Rußland und die Reparationsfrage.

Wiederholte anheim. Unsere meisten Schiffe sind bereits über 20 Jahre im Dienst, während unsere Vertragsgegner eine Durchschnittsflotte von 20 Jahren zugewohnt hätten. Die 'Dampfer-Regulation' und auch die 'Rote Flotte' hätten den hohen militärischen Wert der 10000-Tonnen-Regierung ersetzt.

Der Minister erklärt, daß er die deutschen Kommissarien in den Reparationsfragen als nicht schlecht beraten anerkennen müsse (erneute Feststellung). Er unterläßt dann welche Anforderungen an ein solches Vorgehen zu stellen sind. Von großen Schwierigkeiten im bisherigen Sinne werde in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Die großen Verbände würden sich in mehr oder weniger große Gruppen auflösen, und man werde sich vor allem gegen Überforderungen zu sichern haben. In der jüngeren Vorkriegszeit seien für die notwendigen Zusammenarbeiten mit den Regierungen zu langjam. Ihre Konzentration sei überholt. Der neue Typ erfülle alle an ihn gestellten Forderungen. Er sei auf hohe Leistungsfähigkeit konstruiert und befähigt, mit dem Regierungsverkehr rasch und zuverlässig zusammenzuarbeiten, sowie einem überlegenen Gegner rechtzeitig entgegenzutreten. Seine Kampfraft sei den 10000-Tonnen-Regierern weit überlegen, und er sei auch für Großkampfschiffe ein gefährlicher Gegner. Die Geschäfte übertrafen an Reichweite unsere alten U-Böden um 12 Kilometer. Sie seien in der Lage, in der Minute das Dreifache der Geschäfte zu verschieben.

Wenn wir berücksichtigen, wie viele Millionen jährlich für die Unterhaltung der veralteten Schiffe ausgegeben werden, ohne daß damit viel erreicht wird, so muß man auch nach ganz anderen, wirtschaftlichen Überlegungen den schleunigen Ersatz der veralteten Schiffe erstreben.

Das Schiff wird auf den Deutschen Werken in Kiel in Angriff genommen, und es werden dabei 3000 Arbeiter beschäftigt. Würde der Bau abgeschlossen, so würden dadurch 1500 weitere Arbeitskräfte auf die Straße gesetzt. 70 Prozent der Kosten des Schiffes, also 56 Millionen Mark, werden als Arbeitslohn an die Bevölkerung zurückzuführen.

Die Geschichtsmoral der Vorkriegszeit wird untergraben, wenn die Behauptung weilt, daß sie sich auf einen veralteten Schiffsbestand. Landverteidigung und wirtschaftliche Vermehrung sprechen für den Ersatz der alten U-Böden. Inwiefern Sie nochmals, ob Sie durch Ihr Votum die deutsche Marine erschlaffen lassen wollen. Ich halte mich verpflichtet, dem Reichstag gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen, daß ich in meiner Stellung als Reichminister die Einstellung des Panzerflottenbaus nicht verantworten könnte. (Beifall.)

Von den Nationalsozialisten ist der Antrag eingegangen, daß im Falle der Annahme des sozialdemokratischen Entwurfs die dadurch ersparten Mittel für Werk- und Luftbau verwendet werden sollen.

Herrn Reichsminister (Dr. Brüning) gibt zunächst einen Rückblick über die Entwicklung, die zum Antrag der Sozialdemokraten geführt hat. Der sozialdemokratische Antrag sei tatsächlich nicht ernst zu nehmen. Die sozialdemokratischen Minister hätten dem Reichstag die Strafe nachgegeben, sich das Budget beschließen lassen. Bei dem Panzerflottenbau handele es sich zunächst um militärische Notwendigkeiten. Das Lebensalter der vorliegenden Schiffe sei überfällig und die Instandhaltungskosten betragen seit 1922 auf 23 Millionen. Wenn die Mittel wegen mangelhafter Konstruktion für nicht geeignet angesehen werden könnten, so würde das Geld für andere Zwecke der Landesverteidigung besser angewendet werden, trifft nicht zu. Die Reichswehr sei in ihrer Größe und Ausrüstung durch den Versailler Vertrag bestimmt, nur die Marine sei ausbaufähig. Wenn der sozialdemokratische Antrag Annahme findet, so führt der Redner fort, dann würde der morgige Tag würdevoll in die Reihe der schwarzen Tage der deutschen Geschichte eingereiht sein. Glaubt irgend jemand unter den ernsthaften Politikern, daß in absehbarer Zeit tatsächlich von den großen feindlichen Nationen Abstrich wird? Es wäre ein Verzichtverstoß wenn der Ersatz unserer überholten U-Böden mit dem Schiffbau A beendet wäre.

Es ist tief bedauerlich und für die Lösung der Reparationsfrage eine große, leider nicht allgemein genug beachtete Schwierigkeit, daß Rußland an diesen Verhandlungen gar nicht beteiligt ist. Ganz ähnlich wie mit der Abrüstungsfrage steht es auch mit der Reparationsfrage. Es handelt sich um ein internationales Problem, das nur durch großzügige internationale Auffassung erträglich gelöst werden kann. Sobald einer der großen Weltstaaten nicht mitmacht, erschwert die Möglichkeit einer befriedigenden Lösung überaus in Frage gestellt. Die Amerikaner wollen ihr Geld von Frankreich und England zurück haben. Frankreich und England wollen sich das Geld von Deutschland bezahlen lassen. Frankreich will außerdem noch einen Beitrag zu den Kosten für die Wiederherstellung seiner geschädigten Gebiete von Deutschland haben. Die Summen, die sich daraus ergeben, sind so groß, daß sie auch bei wohlwollendster Berechnung nicht ohne weiteres unter den heutigen Industrieleistungen Deutschlands aus dem Lausplan zurückzubehalten wären. Und nun kommt zu dem allen noch die Transportschwierigkeit hinzu. Soll Deutschland in der besetzten, zerstörten, ohne Zweifel von neuem seine Währung. Kehrt es sich zu, so macht es den Industrien in den besetzten Ländern unüberwindliche Konkurrenz. Denn all diese Länder haben in ihre eigenen hochentwickelten Industrien, die sich weder ihren Inlandmärkten noch den ausländischen Absatzmärkten durch Deutschlands Exportleistungen ersetzen lassen. Da wäre ein Wagnis nur zu finden, wenn sich Länder in das Geschäft einschreiben ließen, die an deutschen Sachleistungen Interesse hätten, wobei dann die Finanzierung mit den Gläubigerstaaten Deutschlands zu regulieren wäre. In Rußland liegt eine vernünftige internationale Wirtschaftspolitik der verhältnismäßigen und kurzfristigen Abrechnung der Sowjetregierung im Wege, Rußland aus eigener Kraft industrialisiert zu werden. Aber auch die Rückkehr der Sowjetregierung durch Amerika bedeutet ein ernsthaftes Hindernis. Dieses letztere Hindernis wäre zurück zu beschleunigen. Gerade an dieser Stelle könnte Deutschland eingeschaltet werden. Rußland braucht langfristige Kredite. Will Amerika sie nicht bereitstellen, so könnte Deutschland den Markt machen. Bekäme Rußland auf diesem Wege Betriebsmittel in die Hand, so könnte es seine Industrie endlich mit Arbeit versehen. Es würde ja dann endlich wirtschaftlich immer noch den Feller machen, mehr Rohstoffe einzuführen als nachzufragen und Fertigschutt abzugeben. Das würde aber immerhin nur eine Verlangsamung des Wiederaufbaus bedeuten. und schließlich doch das wirtschaftliche Leben einigermaßen in Gang bringen. Deutschland würde sich dann gewissermaßen auf dem russischen Markt die Summen verdienen können, mit denen es England und Frankreich und Amerika bezahlen könnte. Die Amerikaner aber brauchen sich wieder auf Ermäßigung ihrer Ansprüche an England und Frankreich nach auf die Übernahme weiterer deutscher Schuldscheine einzulassen.

Solange die Reparationsverhandlungen an Rußland vorbeigehen, bleibt ein großes Loch in der Rechnung. Die Erde ist nun einmal heutzutage nicht weit genug, und die modernen Völker leben nicht mehr unabhängig genug voneinander, als daß so ungeheure internationale Wirtschaftsprobleme, wie die Reparationsfrage, unter Ausschluß eines Hundert-Millionen-Volkes gelöst werden könnten. So wenig wie der Eisenbahn- oder Flugverkehr von Westpreußen nach Ostpreußen an Rußland vorbeikann, so wenig kann man auch mit Abrüstungs- und Reparationsfragen an Rußland vorbeigehen. Die Schwierigkeiten, die in der Politik der Sowjetregierung liegen, sollen nicht verkannt werden. Westeuropa und Amerika sollten aber ihrerseits zu diesen Schwierigkeiten nicht noch einige hinzu-fügen. Würden sie großartig das Reparationsproblem als das ansehen, was es wirklich ist, als eine Weltwirtschaftsfrage, so würden sie ohne Zweifel auch Wege zur Verständigung mit Rußland finden. Die Auffassung, als ob Deutschland nach der Schabone jülicher Jahrzehnte Krieges doch aus eigenen Mitteln aufräumen müßte und bezahlen könnte, darf ja jetzt glücklicherweise als allgemein abgetan betrachtet werden. Auf finanz-technischem Gebiet hat der Krieg keine Sieger und Besiegte hinterlassen; da haben vielmehr alle Völker gleichmäßig den Schaden des Wahnsinns zu tragen bekommen. Wirtschaftlich ist der Krieg für niemanden ein gutes Geschäft geworden. Der gemeinsame Schaden kann nun aber auch nur durch gemeinsame Anstrengungen allmählich wieder gutgemacht werden. Deutschland allein kann sich mit Rußland (trotz Napoleo) nicht verständigen, weil es eben selbst nicht in der Lage ist, die Mittel für langfristige Kredite aufzubringen. Würde aber hier Amerika einspringen, dann könnten die weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder über alle Grenzen hinweg in Fluß kommen. Die Russen stehen gerade jetzt vor einer neuen schweren Hungersnot. Den Ausgleich zwischen ihrer Industrieproduktion und der Landwirtschaft können sie aus eigener Kraft nicht herstellen. Wenn man mit genügend großzügigen Angeboten an sie herantrete, würden sie schließlich durch die Not im Lande schon gezwungen werden, darauf einzugehen. Dem russischen Volk selbst würde damit am besten geholfen. Die Politik der Sowjetregierung wird ja den Kampf aus der Not niemals finden. Für alle beteiligten Völker wäre die gemeinsame Regelung der Reparationsfrage — oder sagen wir lieber der Weltwirtschaftsfrage nach dem Weltkrieg — die beste Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Auch in den Randstaaten zwischen Deutschland und Rußland würde das Anstreben des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs sofort neues Leben schaffen, würde diesen Randstaaten ihren wirtschaftlichen Mittelbereich zum Bewußtsein bringen und sie auf der englischen Meeres-Strassenpolitik von heute heraus zu einer freieren und für sie selbst vorteilhafteren Auffassung führen. Die ganze internationale Politik könnte ein vernünftigeres Gesicht bekommen, wenn man so die internationale Wirtschaft vernünftig regeln lernt.

Leitende Plätze könnten wir auch in Kriegsebenen die Anberaumung nicht sicherstellen. Der Redner weiß weiter auf die psychologischen Wirkungen des Panzerflottenbaus hin. Eine Ablenkung würde die Umwälzung mancher Nachbarländer bedeuten. Es geht hier nicht um den Panzerflottenbau, sondern um den Weggedanken für die Umwälzung für die Beherrschung in Weimar erzuengen. Die Entscheidung steht jetzt die Frage, ob der Weggedanke begraben werden soll. Gegenüber der Mitteilung, daß die sozialdemokratischen Minister mit der Fraktion kommen würden, dem Redner hat sich ein Scheitern: „Der Redner, der nicht den Mut hat, gegen den Willen der Massen seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für der Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein kleiner Wert!“

Demokratie sei nicht Autokratie, sondern Tobenwahn. Der Panzerflottenbau sei der erste Schritt für den Wert der Reparationsverhandlungen der Welt. Wir hätten, so schließt der Redner, die Möglichkeit, die Unheilskräfte anzuprangern; aber der Weggedanke und die Sorge um den Dien sind zu groß, als daß wir sie zu tatsächlichen Maßnahmen verwenden. Wer selbst werden den Zeitpunkt wählen, an dem wir dem Volke Gelegenheit geben, über die Doppelzüngigkeit der Sozialisten zu Gericht zu sitzen. (Beifall bei den Sozialisten.) Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Freimut gegen den Sozialismus und kommunistischen Anstieg stimmen würden. (Erneuter Beifall.)

Reichsminister Brüning

erklärt, das Kabinett habe von der vorigen Regierung eine Erbschaft übernommen, die es zu verwirklichen habe. Sie müßten zugeben, so betont er, daß das Kabinett nach der Vorkriegszeit gehandelt hat. Es ist auch festgelegt, daß materielles eine Stellungnahme von einzelnen Ministern nicht verlangt werden ist; es geht nicht an, daß die Reichsminister in einem anders zusammengesetzten Kabinett das verweigern, was sie vorher bejaht haben. Wir haben ganz lokal im Kabinett den Reichswehrminister Gelegenheit gegeben, seine Stellung über die Notwendigkeit des Panzerflottenbaus bekanntzugeben.

Ich gebe offen zu, daß Gründe dafür bestehen, daß ich mich als Reichsminister von der Meinung meiner Partei trenne. Aber es handelt sich hier um eine ganz besondere Lage. Das Wahlergebnis wird möglicherweise um eine oder zwei Stimmen nach dieser oder jener Richtung fallen. Da ist es selbstverständlich, daß die Fraktion ihre Stimme abzugeben will. Es kann einer Partei nicht zugemutet werden, daß sie möglicherweise in einen Wahlkampf hineingehet, nachdem ein Mitglied der Wahlmänner-Parlamenten ist. Nachher würde es in der Vorarbeit gemacht werden können, wie es in der demokratischen Presse schon angedeutet wurde: Das ist der Mann, der an seinem Amt festhält! (Leb. Ruf des Grafen Helfferich, Dr.). Ich glaube, daß eine Partei, die selbst ihre Wahlmännerpartei über die Dammeschele zu verteidigen hat, nicht berechtigt ist, im Interesse der Unschuldigen zu verhandeln. (Sanktionstaktik d. d. Regierungsparteien.)

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Widerspruch gegen den Reichsminister und ein weiterer gegen den Reichswehrminister Stoenet eingegangen.

Herrn Reichsminister (Dr. Brüning) wird von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Jetzt wird der Panzerflottenbau eingestellt!“ (Beifall.) Der Redner gibt folgende Erklärung ab: Die Bayerische Volkspartei gibt dem lebhaftesten Beifall darüber Ausdruck, daß nach diesem erfolgreicher Entscheidung und Inangriffnahme des Panzerflottenbaus auf parlamentarischen Gründen diese Frage erneut aufgeworfen wird. Wie werden deshalb die vorliegenden Anträge ablehnen.“ Ein Kommunist ruft „Amen!“ In die darauf ausbrechende Heiterkeit ruft Abgeordneter Leichter: Demmal haben Sie sich geirrt, denn das Wichtigste kommt jetzt erst; und die Verantwortung für alle

Wir haben vielmehr die planmäßige Ausnutzung der verschieblichen Möglichkeiten für jeden notwendig. Noch wichtiger als die rein militärische Frage ist die ökonomische Notwendigkeit.

Der Redner erinnert an Ostpreußen, mit dem wir nur auf dem Seewege Verbindung hätten, an die Dierscherung überhaupt. Ferner an die Hungersnot des Weltkrieges ohne eine schlag-

Franz Schubert.

son R. H. Neubert.
Hundert Jahre sind am 19. November vergangen, seit Franz Schubert die Augen für immer schloß. Eine Zeitspanne, die wohl ausreicht, um Leben und Werk des genialen Mannes in den Staub der Vergangenheit sinken zu lassen. Unverändert aber gerecht, unerschütterlich schiedel, ihre Werte sind nicht mehr lebensfähig, ihre Bücher, ihre Dramen werden nicht mehr gelesen, ihre Lieder nicht mehr gesungen, sie sind untergegangen mit Namen und Welt. Vielleicht erinnert man sich ihrer noch in Gedankenreihen und literarischen Betrachtungen, aber man lauscht ihnen kein Leben mehr ein. Ihr Wert — war. Andere aber tragen, göttliche Gesetze über sich, unerschütterlich allen Stürmen und Wandlungen der Jahrtausende trotzend, in die Ewigkeit hinein. Dichterwerke der Antike und der Romantik, neben denen sich unsere neue Schaffenszeit manchmal beschämend klein annimmt. Geistige Vollwerke der letzten Jahrhunderte tragen die Namen von Goethe, Kant, Schopenhauer, Beethoven, Bach, Schubert. Braucht Schubert besonderen Nachnamen zum besten Todestage? Gebensartikel sind für Nichtvertrauensgewendete, Schubert aber ist nicht tot, er lebt in Tönen, seine Seele birgt sich in hundert Liedern, in Sonaten und Quartetten, sie jagt in Es-Dur und umtänzt und tanzel in H-Moll-Säßen, sie tanzt in Schemo und Allegro von Wien aus über die ganze Welt. Auf dieser unerschütterlichen Säule, die Schuberts Namen für die Ewigkeit aufbewahrt, brennen in goldener Schale oben göttliche Funken, und blumengewordene Musik umtänzt sein Andenken.

Jene Zeit hat große Männer. Goethe und Schiller residieren in Weimar als Lichterführer einer neuen, unerschütterlichen Sprache, der deutschen nämlich. In Wien greift der Genius Beethovens fehsch in die Schicksalsschicksal der Menschheit, in Hölle und Himmel, ein Grobster göttlicher Dante, ein Feldherr stürmender, betrauerter Töne, ein

lauber König der Musik. Ein anderer Grobster, der Kette, der Kaiser von eigenen Gnaden, tost sich schlagfertig mit seinen Hunderttausenden durch Hüpfentümer und Königsreihe, zerstampft Dörfer und Städte, zerhackt Grenzgebirge mit einem Kommandowort, kritz und errichtet Thronen wie dort der taube König verhothen mit mit anderen Mitteln Thronen Hüfte und Thron errichtete, aber von Gottes Gnaden, göttliche Thron der Musik. Franz Seraph Peter Schubert, der kleine Dehreschloß aus der Kuchenhof Straße der Wiener Vorstadt Lichtental, hat sich seinen eigenen Thron gebaut, zwischen Grotte und Beethoven, den unerschütterlichen Königen, und nicht weniger königlich, aber viel zugänglicher. Es sind Meisterschicksale, die hier können im Reich der Töne und der Lichtung. Beethoven ist der Kaiser der Musik und Schubert ist in ihr der Prophet Goethe.

Am 31. Januar 1797 kommt der Elementar-Kind Schubert und seine brave, um drei Jahre ältere Frau Elisabeth, eine Schlosser-ochter aus Niederösterreich, das zweite Kind ihrer glücklichen Ehe in die Welt gekommen. Die Franz Seraph Peter blieb nicht das letzte Kind dieser Ehe, es kamen noch 12 Sprößlinge, von denen jedoch nur vier am Leben blieben. Franzel aber wuchs frühzeitig auf, ein frühzeitig musikalisches Kind, von dem der Vater einmal bewundernd sagte: „Er hat die Harmonie im Keinen Finger!“ Vater Schubert, in der Schule ein müßiger Lehrer, mußte seinem Sohne, als dieser acht Jahre zählte, im Weigenunterricht bald nicht mehr beizubringen, daßselbe mußte sein Bruder Johann, der Franz Klavierunterricht erteilte, einsehen: Franz konnte mehr als sie. Nun kam Schubert in die Singakademie zu Michael Holzer, der den lehrbegierigen Knaben auch im Orgelspiel und im Generalbass unterrichtete. Mit 17 Jahren wurde er nun auch dem Kirchenorganisten Folger ent-wachsende Schubert ins Stephansdomstift gestellt, wo er in musikalischen Fächern überzogene, doch in den anderen zurückließ, so daß Vater Schubert schließlich ungelassen wurde und ihm die Musik ganz verbieten wollte. Aber Schuberts Natürlichkeit konnte durch kein Verbot eingedämmt werden, der zukünftige Meister in ihm schuf immerfort Neuheit, komponierte und probierte, bis schließlich der Hofkapellmeister Salieri selbst die Aufbahrung Schuberts übernahm. Das verstohlene Vater Schubert, und zudem waren die Bande zwischen Vater und Sohn durch den im Mai 1812 erfolgten Tod der Mutter in Trauer wieder seher und inniger geworden. Unter Salieris Anleitung machte Schubert große Fortschritte, einflößte begann das Studium des Kontrapunktes, Terzette und Quartette zu schreiben, sein Rhythmus wurde freier, in Einzelheiten der Melodieprofilierung und Harmonik zeigte sich hier schon der zukünftige Lieberherr Schubert. Im Jahre 1814 vertonte Schubert zum ersten Male Goethe. Aus der Melodie zu „Gretchen am Spinnrad“ spricht schon der Franz Schubert der Zukunft, in der seelischen Ausschöpfung des Stoffes, in dem Klaviermotiv zur Andeutung des summen-nden Spinnrades und der Herzangst des Spinnmädchens tritt der geniale Tonkörper zum ersten Male ganz vor uns. Schubert hat hier etwas Gewaltiges, Neues geschaffen, das erste Bild einer bisher unbekanntem Weltung, das moderne deutsche Lied.

Aber Schubert durfte noch nicht frei schaffen, er mußte noch notdürftig bestandenener Prüfung als Lehramtskandidat in die väterliche Schule ein-treten. Drei Jahre Franz Schubert, Ohnmacht gegen nörgelnde Borsetzte, als der Schubert sich immer wieder zu seinen Liedern flüchtete. Goethes Dyl begleitete ihn auf seinen fernschweifenden Wanderungen im Reich der Töne, und so ent-flehen neben vielen anderen „Wanderers Nacht-lied“, „Erlöschen Beilich“, „Heidenröslein“, „Der Fischer“, „Klöße Riese“ und der herrliche, himmelanflühende „Erkling“. Wähigsten Jahre zählt Schubert, als diese herrlichen Lieder aus seiner trunkenen Seele flogen. Seine besondere Berufung dokumentiert er weiter mit der C-Moll-Symphonie, den drei bekannten Violinsonaten

op. 137 und neuen Streichquartetten: „König von Thule“, „Der Wanderer“. — Im Jahre 1818 wußt Schubert dann das Joch der Schule ab, er will frei schaffen. Er verläßt die Musik, geht den Willen seines Vaters, und schlägt sich mit Klavierstunden durch, lümpert, wohnt bei Freunden und schafft in Freiheit seine unerschütterlichen Werke. Marante Gestalten tauchen um Schubert auf, die ihm Lifheit zur Selte geben. Spau, Schöber, der Maler Schwind, der Musiker Hüttenbrenner, der Lichter Bauersfeld und Noyshofer bilden einen kunstvollen Lebenskreter Schwad, dessen Haupt Schubert wird. Für ihn bricht eine schaffens-reiche Zeit an. Nicht nur als Dichter, auch als Symphoniker erreicht er Höhepunkte. Die „Unvollendete“ entsteht, die H-Moll-Symphonie. Sein Leben gibt jetzt wie bezauberndes Weien, er taucht wie ein Meteor in Wiener Künstlerkreise auf, Musikabende, Schabettabende, Tanz-geloge bringen seine Harze zum Klängen, Tanzfüße erheben, und zwischen verschwendenden Tönen und seiner äußeren Armut trägt er seine köhnungsfle Liebe zu der jungen Gräfin Caroline Eyryrhay wie eine brennende Wunde. Jetzt sollen dunkle Schatten in sein Leben. Im August 1823 wußt ihn eine selbsterschuldete Krankheit auf Zeit, und an Leib und Seele krank, läßt er hier im Spital die herrlichen gwanig Räderlieder ent-flehen. Schubert verjagt dann, eine jede An-felung zu bekommen, um sein Leben auf eine sichere Grundlage zu stellen, aber er bleibt zeit-lebens ohne Anfellung. Doch sein Genius reißt ihn zu immer höheren Taten, je trüber seine Lage ist. Es entstehen gewaltige Messen und Sonaten und im Frühjahr 1828 das geniale D-Moll-Streichquartett mit den Variationen über „Der Tod und das Mädchen“. Es scheint, als habe Schubert jetzt stets höhere Annehmungen schaffens müssen, sein Leben gemahnte ihn an den Tod, und seiner selbstigen Bedrängnis heraus sprach er in Tönen über den Tod, er verfluchte ihn in Musik. Die letzten Jahre Schuberts waren reicht umtejahre. Je schwerer sein Leben, seine Klamm-

Poincaré hat das Vertrauen Frankreichs.

Paris, 15. November.

Der Vertrauensantrag des Republikanischen Bündnis für die Regierung Poincaré wurde mit 330 gegen 129 Stimmen angenommen.

In seinen Einleitungsworten zur Regierungserklärung wies Poincaré darauf hin, daß sich das neue Kabinett an alle Republikaner wende, um in Eintracht das unvollendete Werk seiner Vorgänger fortzuführen. Im Anschluß daran ging er sofort zum Haushalt für das Jahr 1929 über und betonte, es sei von höchstem Interesse, es sofort in Angriff zu nehmen und es so schnell wie möglich zu beraten, um vor dem 31. Dezember zu Ende zu kommen. Die gesetzliche Stabilisierung habe eine entscheidende Phase der finanziellen Wiederaufrichtung abgeschlossen, doch sei in diesem Fragenkomplex noch nichts gemacht, so lange noch irgend etwas zu erledigen bleibe. Poincaré sprach die Hoffnung aus, daß sich zwischen der Regierung und dem Finanzamt ein Einverständnis über die noch schwebenden Fragen einer Einigung erzielen lassen werde, sowohl für die Ausgaben wie für die Einnahmen. Die parlamentarischen Entscheidungen, die dieser Ausschluß dem Regierungskontrollrat anzuwenden wolle, hätten niemals grundsätzliche Einwendungen verursacht. Eine gute Methode esfordere aber, daß sie nur nach Maßgabe der angezeigten Möglichkeiten angewandt und daß sie eher durch Finanzmaßregeln als durch Steuererhebungen ausgeglichen werde. Die leichte Meinungsvorstellung über die Kredite einiger Finanzkapitel zwischen dem Kriegs- und Finanzministerium und dem Finanzamt habe sich keinesfalls auf den Lasterabend zwischen den Jahren von 1928/29, sondern auf spezielle Punkte, über welche die Kammer urteilen werde und deren Regelung die Regierung den Interessen der nationalen Verteidigung unterordnen werde. Es aufgeführt werde der kommende Haushalt, der bereits eine bedeutende Erhöhung der Wirtschaft- und Sozialausgaben ergebe, trotz der dabei eintretenden durchgeführten Stabilisierung erzwungenen Unsicherheit sein vollständiger Haushalt sein. Er werde vielmehr ein Haushalt der Bewirkung sein und im Sinne der demokratischen Reformen liegen.

Zu den §§ 70 und 71 übergehend, die im August auf Vorschlag des Außen- und Innenministeriums in das Finanzgesetz eingelegt worden sind, erklärte Poincaré, der vorläufige Text dieser Artikel sei auf Einwendungen mehrerer Mitglieder des alten Kabinetts grundlegend geändert worden und die neue Fassung habe die einstimmige Billigung derselben erfahren, die

die erstere kritisiert hätten. Die gegenwärtige Regierung habe anerkannt, daß diese Bestimmungen eine lebenswichtige Bedeutung für die Aufrechterhaltung des französischen intellektuellen und moralischen Einflusses in den ausländischen Ländern habe. Die Regierung werde unter ihrer Verantwortung verlangen, daß die Frage so bald wie möglich loyal und gründlich behandelt und im nationalen Interesse gelöst werde. Die Regierungserklärung enthält ferner die Versicherung, daß die Regierung alles daran setzen werde, um den inneren Frieden zu sichern. Im Anschluß an die Regierungserklärung begann die Besprechung der Interpellationen, und zwar begründeten nacheinander der sozialdemokratische Abg. Vincent Auriant, der republikanische Sozialist Chabrun und der kommunistische Cadix ihre Interpellationen.

Der Führer der Sozialisten, Vincent Auriant, sagte bei der Begründung seiner Interpellation der Regierung im erbitterten Kampf im Lande und in der Kammer an. Durch Maginot sei der schärfste Nationalismus und die internationale Reaktion im Kabinett vertreten. Die Beteiligung einiger republikanischer Sozialisten nehme dem Kabinett durchaus nicht seinen rechtsgerichteten Charakter. Die rechtsgerichtete Mehrheit der Kammer werde die Außenpolitik Poincarés beeinflussen. Im übrigen würden die außenpolitischen Fragen auf die Hälfte durch die Frage der Rheinlandräumung und der Abklärung befristet, gegen die Maginot noch längere als schärfste protestiert habe. Auriant entwickelte alsdann die bekannte außenpolitische These der französischen Sozialisten. Der republikanische Sozialist Chabrun betonte das Ausschneiden der Nationalsozialisten und erklärte, daß keine Partei nicht für die Regierung stimmen werde. Der Kommunist Cadix erklärte, daß die Politik der Regierung im Hinblick auf einen neuen Krieg entgegenföhrte. Die Haushalte des Kriegs-, Marine- und Luftfahrtministeriums wiesen starke Erhöhungen auf. Ihre Ausgaben wären seit 1913 auf das Doppelte gestiegen.

Den Höhepunkt der Nachmittagsession der Kammer bildete eine zweite Rede Poincarés, die gleichfalls vorbereitet und von ihm vom Platz gelesen wurde. Poincaré betonte, daß es während der letzten Tage nötig gewesen sei, den französischen Franken auf neue zu legen, und daß man daher, wie es der Abgeordnete Chabrun getan habe, durchaus nicht von einer vollkommenen Stabilisierung sprechen könne. Poincaré erinnerte an den

Kampf um die 70 und 71 und bedauerte das Fernbleiben der Radikalen. Es sei zunächst seine Absicht gewesen, wegen der Haltung der Radikalen die Regierungsbildung abzulehnen. Als er sich jedoch der wichtigen Besprechungen mit den ausländischen Besitzhaltern am Vorabend der Krise erinnerte, habe er seinen Entschluß geändert. Er habe diese Besprechungen nicht unterbrechen können und daher so schnell als möglich das neue Ministerium gebildet, dessen erste Aufgabe es sein solle, den Haushalt zu verabschieden. Poincaré ging sodann auf seinen Streit mit dem Finanzamt ein und bezeichnete den ihm beigelegten Ausspruch „Nichts oder alles“ als eine Fälschung. Was die Kredite für Herr und Marine betrafen, könne er nicht ihrer Herabsetzung zustimmen, da es sich hier um die nationale Verteidigung handle. Trotz allem aber würden die vorgeschlagenen Herabsetzungen gebräut werden. Eine Einigung erschiebe ihm möglich. Auf die Fragen der auswärtigen Politik übergehend erklärte Poincaré u. a.: Die gegenwärtige Regierung legt die außenpolitischen Verhandlungen in dem gleichen Geiste wie die vorhergehenden fort. Frankreich hat die Stellung Frankreichs festgelegt: Frankreich beginnt mit den Besprechungen in der lebhaftesten Hoffnung, sie zu einem Ende zu führen, doch kann es keine endgültige Erklärung annehmen, die nicht eine klare Entscheidung für die Kriegsschäden vorsetzt. Frankreich tritt nicht als fordernde Macht auf, denn es könnte die Zahlungen nach dem Zwischenabwarten, doch wird es sich zu jedem Schritt verpflichten, der Europa seine wirtschaftliche Gesundheit wiederherstellt.

Was die Frage der interalliierten Schulden anbelangt, so ist bisher nichts geschehen, was Frankreich für die Zukunft festlege. Die Regierung kann auch in dieser Beziehung nur ihre früheren Erklärungen wiederholen. Im Augenblick handelt es sich aber um die französische Schuld. Die Hoffnung bestünde, daß Amerika sich an der Frage interessieren werde. Eine günstige Einstellung der Vereinigten Staaten würde für Europa von den glücklichsten Folgen sein. Man dürfe nicht übersehen, daß die Aufgabe schwierig und demwidel sei. Wenn sie mißlinge, so dürfe man deswegen die Schuld nicht auf Frankreich abladen, das alle Anstrengungen mache, um die Wäler einander zu nähern. Die Zukunft des alten Kontinents und der Neuen Welt hängen von den Arbeiten der nächsten Monate ab.

seiner Freunde auf Einstellung des Streikverbaues zu begründen habe, seine Bemerkungen gewesen sei. Das Schauspiel eines heroischen Kampfes unter dem Banner der proletarischen Fingergewalt, das man den unruhig gewordenen Leuten dadurch vorspielen wollte, sei vorzeitig als Theater entlarvt worden. Jedes Kind habe bereits erkannt, daß hinter der schrecklichen Kampfsprache in Wahrheit das beruhigende Wissen um den Ausgang der Dinge, um die erredbar sichere Abstimmungslage gestanden habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, es sei ein eigenartiges parlamentarisches Kulturbild gewesen, das Herr Weis, der Führer der größten Partei Deutschlands, geboten habe, als er eine schlechte Sache in einer Weise zu verteidigen gesucht habe, die nach Form und Inhalt nur mit dem Fremdwort „mit erabel“ bezeichnet werden könne. Weiter billigt das Blatt die positive Einstellung der Deutschnationalen Fraktion.

Das in dieser Antage müssen wir ihren Lieberem überlassen (weiterer Teil) wegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr verlegt.

Das voraussichtliche Ergebnis der Abstimmung.

In parlamentarischen Kreisen bezweht man das voraussichtliche Abstimmungsverhältnis bei der morgigen Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag bei voller Beteiligung des Hauses auf 115 Stimmen für den sozialdemokratischen Antrag und 230 Stimmen gegen den Antrag. Dabei sind die 25 Stimmen der Demokraten, die sich enthalten, und die 12 Stimmen der Nationalsozialisten nicht mitgerechnet. Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages gilt daher auch weiterhin für wahrscheinlich.

Zu dem Verhalten der SPD-Minister schreibt der demokratische Reichstagsabgeordnete Minister a. D. Dr. Köll u. a.:

Der junge deutsche Parlamentarismus kann sich nicht als noch keine geschlossene Tradition herausgebildet haben. Auch in dem heutigen parlamentarischen Land des parlamentarischen Regierungstypus, in England, sind in den ersten Jahrzehnten dieser Regierungsform schwere Mängelheiten zu überwinden gewesen. Aber es wäre doch recht einträchtig, wenn die deutschen Parteien, die sich als Träger der parlamentarischen Regierungsform betrachten, sich etwas früher als bisher bemühten, den elementarsten Erfordernissen der Verantwortung gerecht zu werden. Insbesondere gilt das von der Sozialdemokratie.

Das, was sich jetzt bei den Verhandlungen über den Panzerkreuzer abspielt, ist eine glatte Unmöglichkeit. Man muß die Dinge ganz schlicht darlegen, um sie in ihrer Unhaltbarkeit zu erkennen. Wie lag die Sache? Die Sozialdemokratie übernahm in der Reichsregierung die Verantwortung für den Bau des Panzerkreuzers; dieselbe Sozialdemokratie suchte im Reichstag diesen Bau zu verhindern; zwei politische Parteien in einer Person. Welche Sozialdemokratie ist nun die, mit der man als Träger der politischen Verantwortung rechnen kann? Dazu das weitere Bild: Die sozialdemokratischen Minister halten im Kabinett einen anderen Kurs als in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete im Reichstag. Sie bekämpfen sich also selbst. Der Grund zu diesen Ungehörlichkeiten liegt, offen gesagt, darin, daß die Sozialdemokratie sich immer noch nicht an den Gedanken gewöhnen kann, daß die Beteiligung an der Regierung im letzten Grunde niemals Sache der Partei, sondern immer nur Sache der Verantwortung ist.

Anmerkung der Schriftleitung: Leider scheint auch der Fraktion des Herrn Köll die Staatsverantwortung zu fehlen, denn durch ihre beachtliche Stimmhaltung erklümt sie wieder einmal den Gipfel der Zweideutigkeit.

Die Berliner Presse zur Panzerkreuzerdebatte.

Berlin, 16. November. Die gestrige Panzerkreuzerdebatte im Reichstag wird von den Berliner Wätern eingehend betrachtet und besonders die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Weis schon kritisiert, die ja auch bei den übrigen Regierungsparteien starke Beachtung hervorgerufen hat. Die „Germania“ sagt, die Sozialdemokratie habe eine seltene Gelegenlichkeit dazu in diesen parlamentarischen Situationen solche Reden mit der Vertretung der Nation zu beauftragen, denen jedes Gefühl für die Aufgabe der Stunde und jede Rücksicht auf landpolitische Erwägungen fehle. Schon die Wahl des Abgeordneten Weis als Redner habe gezeigt,

daß es der Sozialdemokratie weniger auf eine sachliche Argumentation und eine ruhige exakte Vertretung ihres Standpunktes angekommen sei, als vielmehr darauf, mit den Mitteln einer geübten Demagogie die Launen fortzuführen, die sie in der Panzerkreuzerfrage eine sehr empfindliche Wölflingstellung erfahren habe. Die Bezeichnung bei den anderen Koalitionsparteien sei bezeichnend. Die „D. A. Z.“ spricht von einem gelungenen Versuch des Sozialdemokraten Weis. Das Blatt stellt am Schluß die Frage, ob das Kabinett nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, wenn der Reichstagsminister hätte gewesen sei, als der Kämpfer, noch zusammenbleiben könne. Die „Vollzeitung“ sagt, der Führer der größten Partei des Reichstages habe eine Oppositionsrede schwerlich abhalten können, die ein sensationelles Ereignis gewesen wäre, wenn sie ernst gemeint gewesen wäre. Je eifriger Weis gesprochen habe, je stärker sich sein auf die Massenweibung eingestelltes Temperament theoretisch entfaltet habe, desto weniger

habe er die kritischen Höer überzeugt. Es sei fraglich, ob er draußen im Lande einen stärkeren Eindruck mache. Man werde sich kaum damit zufriedengeben, daß die Sozialdemokratie mit der Hand auf den Tisch des Hauses schlage und froh sei, wenn andere verhindern, daß etwas Laputis gehe. Auch das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß die Sozialdemokratie keine gute Wahl getroffen habe, als sie Weis zu ihrem Redner bestimmte. Ebenso ist der „Vorwärts“ der Auffassung, daß die Weis' Rede, in welche die sozialdemokratischen Minister durch die nicht immer gleichmäßige Haltung ihrer Fraktion geraten seien, eines gebührenden und überlegenen Darstellers als Weis bedürft hätte. Der „Vorwärts“ ist sehr zufrieden mit der Werbung der Rede des Abgeordneten Weis und meint, die Rede habe als Mahnung zur Verantwortunglichkeit die Mittelpartei erreicht. Der „Volksbeobachter“ schreibt: Es müsse zugegeben werden, daß die Aufgabe des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, der im Reichstag den Antrag

gen im drückten, desto höher schwingt sich sein Genus auf. Das C-Tur-Symphonietakt, die große C-Tur-Symphonie und andere Werke können Scherers letztes Lebensjahr. Im November 1828 wurde er wieder bettlägerig. Nervenfieber bricht aus, und am 12. November schließt der Diederich die Augen für immer. Neben Beethoven wird er ins Grab gelegt.

Aber er ist der Welt nicht geflohen. Seine Werke leben. Er wird weiterleben als Gregorius der deutschen Liebes.

Klavierabend Schaus-Comini. Der angehende Dresdner Künstler, der so erfolgreich für die schaffenden Wäler, besonders für den einheimischen Landwirt Roland Borquet eingetreten ist, gab gestern im Saale des Palmengartens ein Konzert mit klassisch-romantischem Programm und (schöngeistig) Seb. Bach an der Spitze. Man hörte die bekannte Orgelstimme (D-Moll), die gewiß in der Leipziger Bearbeitung gespielt wird, hier in der Umwertung Dajoni, die ebenfalls ihre Geltung erlangt hat. Es folgten altitalienische Stücke, darunter Pergolesi's „Nona“, das der Konzertgeber selbst aufgeführt hat, und eine Cavotte von Tull. Schaus-Comini versenkte sich alsdann mit vernehmlicher Eingabe in die typische Gefühlswelt Robert Schumanns, dessen letzter Gedichte G-Moll-Sonate im Kadenz und Rondo ihre Höhepunkte hatte. Sehr fein gerieten auch die Nachstimmungen Chopin, an die sich eine ausdrucksreiche Wiedergabe der F-Moll-Fantasia des großen Romantikers schloß. Die Krone des Abends bildete Liszt's „Mephisto“, die zu einer glanzvollen Schöpfung ungarisch-lyrischer Selbstliebe wurde und in ihrer melodischen wie virtuosen Fügung voll zur Wirkung kam. Der Saal war gut besetzt, und der Beifall laut, so daß Zuhören unermesslich wurden. **B. W.**

Der Kien- und Weberabend Lucie Richter's in Harmoniequale vermittelte die Bekanntheit

mit einer in Dresden lebenden Sängerin, die wohl bereits der Bühne angehört. Sie ist im Besitz nicht geringen Material, einer Stimme von festerem Umfang und Volumen, von der Müllage bis zur Sopranhöhe spannen und von starker Durchschlagskraft. Daß die Intonation bisweilen getrübt erschien, dürfte einer Indisposition zuzuschreiben sein. Lucie Richter sang, von Lütz Reichelt vortrefflich begleitet, außer der We! pseudo-Rie Lieber von Schubert und Leonore Pfund. An Weis' Seite ist ihr nicht. — **b**

Prof. Thienemann, der Leiter der Vogelwarte Rossitten, sprach im ausverkauften Saale des Beinhörsaal über „Die Wander der Wäler am Meer“. Mit bereichenden Worten schilderte er sein Wäler auf dem Stiel Land der Ruffischen Küstung. Wie schon im vorigen Jahre, so wurde auch diesmal der Vortrag mit Begeisterung aufgenommen. Prof. Thienemann's Initiative ist es zu danken, wenn in die Gefährnisse des Vogelzuges einiges Licht kommt, wenigstens in Bezug auf seinen äußeren Verlauf. Unermesslich tätig inmitten seiner Mühen, Stürche und Krähen, intim vertraut mit ihrem Leben und Gewohnheiten, sammelt dieser eifrige Mann Stiel um Stiel der Erfahrungen und Resultate seiner Arbeit. Er beringt sie und täglich kommen aus aller Welt Nachrichten über die Aufzucht von ihm betingter Tiere. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft in Berlin hat sein Institut zwar übernommen, aber er muß trotzdem noch immer kämpfen, um finanziell mit seiner Forschungsarbeit Schritt halten zu können. — Ein Film, hergestellt mit unendlicher Geduld und Mühe, zeigt in wunderbarer gelungener Aufnahme Erläuterung und diesem schönen Reinen Königreich der Tiere. Aber nicht nur Weis' gehen dazu, sondern auch Giehe und Reche, und als besonders gepflegtes Gebiet die edle Falleneri. Kaufender Beifall belohnte den schätlichen Mann für seine von Herzen kommenden Worte, seinen Humor, seine tiefe Liebe zur Natur und den prächtigen Film.

Dresdner Schauspielkunst in Wengersdorf. Mitglieder des Staatlichen Schauspielhauses drachten dieser Tage Paul Raynald's „Ordnung des unbekanntem Soldaten“ in Wengersdorf für die Mitglieder der dortigen Volkshöhe zur Aufführung. Die „Oberhauser Dorfzeitung“ rühmt die Darstellung durch Jenny Schaffer, Fikj Steinbeck und Walter Kretschmar (Spielleitung: Weis) als Höchstleistung der Schauspielkunst und kulturelle Kostbar. Auch Adolf Raynald's stimmungsförderndes Bühnenbild wird in das Gesamtkunstwerk einbezogen.

Sächsische Staatstheater, Dresden. Sonntag, den 18. November, außer Anrecht, 8 Uhr, mit Elia Sängerin in der Zickpartie, Weis und Wagner a. G. (Mannert), Max Engel, Friedrich Weis, G. G. Schaefflin. Dänke mit Susanne Zombold, Hino Neuwach, der Langtuppe und der Langschule. Musikalische Leitung: Hermann Kupfisch. Spielleitung: Waldemar Stargmann. Anfang 7 Uhr.

Die Aufführung der „Weisverweidung“ von Schubert und der Lang-Suite nach Weis von Schubert (A. Reinhardt) der Schuberleiter der Staatstheater ist auf Dienstag, den 19. November, verschoben worden. — Sonntag, den 18. November, 10 Uhr. Die Fieberhaus. Anfang 10 Uhr. Die Schaubühnenhaus. Mit dritte in der Reihe der Schubert-Veranstaltungen der Staatstheater findet am Sonntag, den 18. November, im Schauspielhaus eine Vorgesänger Art. für die folgenden Programme angesetzt. Mit der Schrift von Richard Weis: „Schubert, der Bühnenleiter der deutschen Musik (Fikj Steinbeck); Lieber mit Hainert (Hina Zurigo — Fikj Steinbeck); Worte Schubert's und seiner Freunde (Weis Weis); Sonate in A-Moll für Violoncello und Klavier (nachgeschriebenes Werk); Die Wälerung der Wälerung-Basis erfolgt auf dem Violoncello Richard Stargmann — Fikj Steinbeck); Lieber mit Hainert (Hina Zurigo — Fikj Steinbeck). Anfang 11 Uhr. Ende 1 Uhr.

Abend 10 Uhr, außer Anrecht, Wiederholung der Rombe. Finden Sie, daß Con-henre sich richtig verhält? von W. G. Maugham (Hina Zurigo — Fikj Steinbeck). Spielleitung: Fikj Steinbeck.

Abend 8 Uhr, außer Anrecht, 10 Uhr und 11 Uhr (Schubert), den 18. November, abends 10 Uhr. Die drei letzten Wälerungen. Die heilige Johanna mit Marion Regler in der Titrolle als Weis.

Wann und Wasserwerk registrieren. Zu der Veranstaltung gelten keine Preise von Sonderveranstaltungen.

Melodienkonzert. Morgen zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr. Hainert'sche Vorkonzerte bei seinen Spielen. Weis' und Weis' „Solit“ — „Wendos“ über die Geschichte des Concerts. „Der Graf von Cagliostro“ mit Weis' Stiel und Oskar Wagner sowie der übrigen Vorkonzerte.

Concertabend in der Kreuzkirche. abends 8 Uhr. Moderne Musik. Mitwirkende: Der Kreisler, Kommerzienrat, Conrad Weis (Foliane I), Kommerzienrat Hans G. u. F. (Foliane II), Kommerzienrat Richard Arnold (Foliane III), Kommerzienrat Weis (Foliane IV). — Orgel: Hans G. u. F. (Foliane I, II). — Nach der Weis' F. u. M. (Foliane IV) von Weis' (Foliane V).

Kunstausstellung. Am Montag, den 18. November, abends 10 Uhr, findet in der Harmonie, Harboursstraße 11, ein Wiederabend von Weis' Wäler, begleitet von Weis' Wäler, statt.

*** Jauer des Lebens.** Roman von Rudolf Weis. 2. Bandmann Verlag in Leipzig. Geb. 4,50, geb. 6,50 M. Colange Rudolf Weis' schreibt, er ein Künstler titler Eigenart und itoler Schönheit gewesen. Jander und Weis sind oft im Mittelpunkt seiner Erzählungen gestanden, und so auch diesmal. Der „Jauer des Lebens“ liegt am den weingeregneten Weisden Weisden, wo sein Janderbruder Held Erfüllung seines Wunschtraumes findet. Der Roman des Weisden und des armen Wäler's aus dem Bolle ist oft geschrieben worden, und wenn ihn auch Weisung um seine wesentlichen Züge berichtet hat, so hat er doch die Gabe spannen der Darstellung, die und da mit einer letzten rührenden Gefühlswelt gepaart, um bis zum letzten zu sein. Man mag seiner Handlung vorwerfen, daß sie zu romantisch, gelegentlich auch vor gar gedachten Möglichkeiten nicht zurückstrecke, man mag die Personen zu wenig individuell ausgeprägt finden, das alles kommt dem Leser während der Lektüre kaum zu Bewusstsein. Denn Weisung vermag die Weisden Lebenslust greifbar, deutlich, lebendig vor Augen zu stellen. Damit verbindet der Weisler jene fremde Lebensauffassung, die hinter jeder Wälerwand schon wieder die Sonne leuchten sieht, und eine so glatte, freie Wälerbeobachtung, daß schon um deswillen der neue Roman gelesen werden wird. **W. W.**

Aus Sachsen.

Landtagsanträge.

Dem Landtag ging ein kommunikativer Antrag zu, in welchem gefordert wird, daß sich die Landesregierung bei der Reichsregierung dafür einsetzen soll, daß der Anteil der Länder und Gemeinden an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer wieder auf 90 Proz. heraufgehoben werde. Die Erhöhung (15 Proz.) soll in vollem Umfange den Gemeinden zugute kommen. Die selbständigen Steuerbefreiungen der Länder und Gemeinden sowie noch bestehende Gemeindefreigebnisse zu den Realsteuern sollen wegfallen.

Ein weiterer Antrag fordert eine Änderung des Landesfinanzvergleichsgesetzes im Sinne einer den tatsächlichen finanziellen Verhältnissen der Gemeinden entsprechenden Form.

Um die „Sächsische Staatszeitung“

Hatte die „Dresdner Volkszeitung“ erst dieser Tage sich für Beibehaltung der Staatszeitung ausgesprochen, so vertritt ihr Lößauer Bruderblatt „Die Volkszeitung für die Oberlausitz“ den entgegengesetzten Standpunkt.

„Die Staatszeitung“, so schreibt das Blatt u. a. ist ein vollkommen überflüssiges Blatt, inhaltlich bedeutungslos und auch sonst längst überholt von der übrigen Tagespresse. Sie läßt sich nur auf die 3000 bis 4000 Joingeborenen, die die Staatszeitung wegen der darin enthaltenen öffentlichen Bekanntmachungen halten müssen, in Rechnung stellen. Die „Verwaltungsreformers“ Schied soll die Staatszeitung so bald als möglich verschwinden und an ihre Stelle ein Verordnungsblatt der Regierung treten. Mit der Verwirklichung dieses Planes wird dann auch die Arbeitslast des Verlags, der als Hauptverleger in der Staatszeitung untergebracht wurde, überflüssig. Aber Herr Gelot, der manchen brauen Sozialdemokraten aus den Staatsdiensten hinausbrachte, ohne sich viel Gedanken darüber zu machen, hält alle Hände über seine Köpfe, und so ist der Plan aufgeschoben, welche die Zeitung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei annehmen. Wie es heißt, hat Verble keine Zeit, diesen Posten anzunehmen, wahrscheinlich deshalb, weil er befürchtet, beim ersten besten Regierungswechsel aus dieser Vertrauensstellung verschwinden zu müssen. (Darauf kann er sich allerdings auch bestimmt verlassen!) Deshalb versuchen die Leute von der NSD, hinterherum, die „Staatszeitung“ zu halten mit allerlei geschäftlichen Vorschlägen.

Auch der „Volkstaat“ beschäftigt sich mit dem Vorschlag auf Eingehen der „Sächsischen Staatszeitung“. Hat doch dieses Blatt zu einer entgegen-gesetzlichen Stellungnahme wie die „Oberlausitzer Volkszeitung“ gelangt. Es heißt da u. a.:

Unsere Meinung (einiger Vorschläge) der Sächsischen Verwaltungsreform hat einige Mängel in etwas geringe Stimmung verlegt. Sie, die eine ernste Überprüfung bereits längst in die Reformation, das Vorkommen, möchten, haben in und glücklich die Saboteure der sächsischen Verwaltungsreform erwidert. Ja, man scheut sich nicht, es so hinzustellen, als sei unsere sachliche Stellungnahme nur von der Rücksicht auf die Erhaltung der Säulen einiger unserer Parteifreunde bedingt. Wie falsch diese Stellungnahme ist, möge an einem Beispiel erläutert werden. Zu den Abbauvorschlägen, gegen die wir uns wenden, gehört auch der Abbau der „Sächsischen Staatszeitung“. Was uns zur Ablehnung nötigt (dieser Vorschlag), ist die Erkenntnis, daß bei einem Eingehen der „Sächsischen Staatszeitung“ nicht nur nichts eingesparrt wird, sondern Mehraufwand von fünf bis sechs Millionen erforderlich ist. Es sei nur an folgende Zahlen erinnert: Von den 5500 Abonnenten der „Sächsischen Staatszeitung“ dürfte der Staat kaum 1000 Abonnenten besitzen. Alle übrigen sind private Bezahler oder solche von Reichs- und Gemeindebehörden. Da die Bezahler der Privaten sowie der Staats- und Gemeindebehörden bei einem Eingehen der „Staatszeitung“ fortfallen, blieben nur die 6000 M. im Jahr, übrig. Auch von den 101000 M. Einnahmen aus Entschädigungsgebühren oder Inzertaten dürften bei einem Eingehen der „Staatszeitung“ Ersparnisse aus privaten Inzertaten, die, wie sich jedermann überzeugen kann, nicht unerheblich sind, in Betracht kommen, bezüglichen solche von Gemeinden und Reichsbehörden. Berücksichtigt man weiter, daß die den größten Prozentsatz der Entschädigungsgebühren ausmachenden Inzertate der Gerichtsbehörden nicht von diesen bzw. vom Staate, sondern von den privaten Personen bezahlt werden, dann bleibt als eigentliche Ersparnis nur die Summe übrig, die die Ministerien sowie die oberen und mittleren Verwaltungsbehörden für ihre Bekanntmachungen in der „Staatszeitung“ ausgeben müssen. Diese Summe dürfte im Höchstfalle 20 Proz. der 101000 M. betragenden Gesamtsumme der Entschädigungsgebühren betragen, das sind ungefähr 20000 M. Die Gesamterparnis dürften sich demnach aus 36000 M. Bezugsgebern und 20000 M. Entschädigungsgebühren, also insgesamt 56000 M., zusammensetzen. Dessen Ersparnisse stehen jedoch recht erhebliche Ausgaben gegenüber. Zunächst müßte die Landtagsdrucksache, die bisher von der „Staatszeitung“ bezahlt wurde, mit 30000 M. weiter eingestrichelt werden. Dazu käme die Weiterzahlung der Gehälter für die Beamten. Selbst, wenn entgegen den immer wiederholten Versicherungen, daß ein Beamtenabbau nicht geplant sei, solcher bei der „Staatszeitung“ doch durchgeführt und die Beamten auf Wartelohn gesetzt würden, wären, nach dem Etat zu schließen, etwa 32000 bis 33000 M. solcher Wartelöhne jährlich zu zahlen. Hinzu kommt, daß die Bekanntmachungen der Ministerien, der Kreishauptmannschaften, sowie oberer und mittlerer Behörden, die meist sehr dringlich sind, in irgendeiner Form an die unterstellten Organe oder die Öffentlichkeit gebracht werden müssen. Nimmt man dafür nur ein Verordnungsblatt vom Format der gegenwärtigen Gesetz- und Verordnungsblätter in der Größe von nur 2 Seiten in Anschlag, dann würden Herstellung und Versand bei 4000 Stück und dreihundertmaligem Erscheinen im Jahre bei bestmöglicher Berechnung mindestens 20000 M. erfordern.

Im Dienste der Kranken.

Im ganzen über 1/4 Million Personen.
44 000 Ärzte. 75 000 Schwestern.
15 000 Hebammen.
Starke Zunahme der Kruppfücher.

Das Reichsgesundheitsamt veröffentlicht jedoch das Ergebnis einer Befragung der in den verschiedenen Berufen des Gesundheitswesens in Deutschland tätigen Heil- und Pflegerpersonal im Deutschen Reich. Danach wurden am 1. Mai 1927 zusammen 227 665 Personen gezählt, die sich dem Krankenstand widmen. Von ihnen waren 109 200 Männer und 118 465 Frauen.

Im einzelnen sehen im Krankenstand in Deutschland: Ärzte 43 583, Zahnärzte 8465, approbierte Apotheker 10 573, Apothekerpersonal 3713, Hebammen 29 348, Zahnmechaniker 15 062, Heilgehilfen und Masseure 8142, Krankenpflegerpersonal 88 872, Schulpflegelinnen 2280, Wochenschwestern 1283, Zahnärztinnen 4584, Zahnärztinnen 11 761. Von Interesse ist der weibliche Anteil an diesen Berufen. Eine sehr starke Zunahme weisen die weiblichen Kräfte auf, so daß namentlich auf etwa 24 männliche Kräfte eine Ärztin kommt. Auch in den Apothekerbereufen hat das weibliche Geschlecht einen nicht unbedeutenden Eingang gefunden. Im Jahre 1927 trafen auf 100 männliche Apotheker 24 weibliche, auf 100 männliche Personen des Apothekerpers. 32,4 weibliche. Bei den Zahnärzten ist der weibliche Anteil ähnlich wie bei den Ärzten: 35 zu 1.

Sehr hoch ist naturgemäß der Anteil der weiblichen Krankenpflegerpersonalen, er beträgt 74 839; in ihnen prägt sich der Umfang der freien Wohlfahrtspflege mit ihren Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge aus; auf eine männliche treffen hier 5,33 weibliche. Fast zwei Drittel des gesamten Krankenpflegepersonal, von den männlichen Pflegepersonalen jedoch nur die Hälfte, besitzt die staatliche Anerkennung.

Als Zahnbehandler gelten sonstige nicht approbierte, mit der Behandlung Kranker sich berufsmäßig befähigende Personen, wie Zahnbehandler, Kruppfücher usw. Bei ihnen läßt sich eine sehr starke Steigerung feststellen. Trotz der erheblichen Zunahme der approbierten Kräfte, durch die die deutschen Läden in der gesundheitlichen Versorgung des deutschen Volkes im wesentlichen ausgeglichen worden sind, hat die Kurierfreiheit dahin geführt, daß auf 100 Kräfte gegen 4,9 Laienbehandler im Jahre 1876 heute 27 treffen.

Schulen und ansteckende Krankheiten in Sachsen.

Zusammenarbeit mit den Wohlfahrts- und Jugendämtern.

Nach einer jeden ergangenen Verordnung des Ministeriums für Volksbildung im Einvernehmen mit dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und dem Ministerium des Innern haben die Schulen beim Auftreten ansteckender Krankheiten die erforderlichen Maßnahmen nach folgenden Vorschriften zu treffen:

Schulleiter, Lehrer und Schularzt sollen sich bei Bekanntheit von ansteckenden Krankheiten sofort gegenseitig melden. Der Schularzt hat dem Bezirksarzt sofort Anzeige zu erstatten. Ebenso sind die Kreispolizeibehörden und die Wohlfahrts- und Jugendämter verpflichtet, jede ihnen bekannt werdende Erkrankung dem Schulleiter unverzüglich zu melden. Die Schule hat darauf hin-

zuwirken, daß der Verkehr der vom Unterricht ferngehaltenen Schüler mit anderen Kindern möglichst vermieden wird. Beachtenswert ist die Vorschrift, daß auch bei Tuberkuloseverdacht Anzeige beim Schularzt und beim Wohlfahrts- und Jugendamt zu erfolgen hat. Die Eltern sind auf die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung und die Möglichkeit der Betreuung durch die Fürsorgestellen des zuständigen Wohlfahrtsamtes hinzuweisen. Aber die Wiederzulassung zur Schule entscheidet neben dem Schularzt auch der Hausarzt der Fürsorgestelle.

Die Würde hat dieses Mitteilungsblatt vierseitig, dann würden sich die Herstellungskosten um weitere 15000 M. erhöhen. Es rüden also 56000 M. Spateinnahmen 82 000 M. Ausgaben bei nur zweiseitigem Mitteilungsblatt gegenüber.

Es sieht das wichtige Spateregebnis beim Eingehen der „Sächsischen Staatszeitung“ aus. Wenn vor dem Kriege andauernd Stimmen auf Aufhebung der „Sächsischen Staatszeitung“ laut wurden, dann ist es leicht verständlich, denn in den vier Jahren vor dem Kriege z. B. hat die „Sächsische Staatszeitung“ nicht weniger als 94700 M. Zuschuß erfordert. Das man aber heute auf Abbau der „Staatszeitung“ dringt, obwohl diese in den letzten vier Jahren nach der Inflation, insbesondere auf Grund ihrer dauernden Verrechnung der privaten Inzertateinnahmen, 57000 M. Überschuß gebracht hat, ist unverständlich, zum mindesten nicht auf Sparsätsichten zurückzuführen.

Aus den Kreis- und Amtshauptmannschaften.

Chemnitz. In der am Mittwoch haltenden Ausschussung der Kreis- und Amtshauptmannschaft Chemnitz wurden zwei Darlehensgesuche von Stadtgemeinden genehmigt. So u. a. 10 Mill. M. Zinsdarlehen der Stadt Chemnitz für Zweck des Grundstücksfonds. Ferner der Stadtgemeinde Geier 38 000 M. für Straßensanieren, der Stadtgemeinde Glauchau 20 000 M. zu einem Schulneubau und 200 000 M. für Wohnungsbauzwecke, der Stadtgemeinde Stollberg 100 000 M. für Kläranlagen und Verbesserung der Wasserversorgung, der Stadtgemeinde Niesitzheim-Gallenberg 90 000 M. für Wohnungsbau, der Stadtgemeinde Chemnitz 15 000 M. Rückkaufdarlehen für Wohnungsbau, der Stadtgemeinde Stollberg und der Gemeinde Jahndorf 40 000 M. für Straßensanieren und Wohnungsbau und dem Bezirksverband Glaucha 16 000 M. für Wohnungsbau. — Zugestimmt wurde weiter der Vereinigung der Gemeinde Reichenhain mit der Stadt Chemnitz. Die Eingemeindung soll schon am 1. Dezember d. J. vor sich gehen. — Wegen die unterrichtliche Behandlung der Wünsche sächsischer Gemeinden um Aufnahme von Auslandsdarlehen durch die Beratungsstelle für Auslandskredite hatte sich der Reichsaussch. beim Reichsfinanzministerium beschwert. Die Angelegenheit ist jedoch noch nicht erledigt.

Töbten. In der Bezirksausschussung am 2. November, die im Bezirkshaus Töbten unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns

Dr. Dreßfel abgehalten wurde, wurde zunächst die im Hause B neu ein- und vorgeordnete Männer-, Frauen- und Kinderabteilung durch die Mitglieder des Bezirksausschusses beauftragt, im Anschluß daran wurden einige Bezugsheimangelegenheiten beraten. Der Bezirksaussch. genehmigte sodann, daß der zwischen dem Wählerbelegten Steiner in Töbten einerseits und dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Töbten und der Gemeinde Töbten andererseits abgeschlossene Vertrag wegen der Drahtseilbahn über die Höhepunkt in § 1 Abs. 2 in der von diesem gewählten Weise unter einer bestimmten Einschränkung teilweise abgeändert wird. Hierfür nahm er von der Vereinbarung mit dem Finanzministerium über die Verwendung des Gewinns aus dem Betriebe städtischer Kraftwagenlinien Kenntnis. Er begrüßte die Einrichtung einer Kreispostfernlinie Dresden—Rosen—Kohne, lehnte aber die Eröffnung einer Garanteelinie ab. Ebenso lehnte der Bezirksaussch. die Abtretung von Flächen im Rindheim Weid an die Landesversicherungsanstalt Dresden ab. Genehmigt und somit erforderlich befürwortet wurden der 2. Nachtrag zum Regula über das öffentliche Anschlagewesen der Gemeinde Wöhren, die Gemeindezuschlagsteuer zur Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Berthelsdorf und eine Anzahl Schanzenpensionsgesuche sowie das Gesuch des Wählerbelegten Rant in Weimig zum Beitritt eines einseitigen Zuschlags zum Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Schneberg für das Rechnungsjahr 1928 hat der Bezirksaussch. den entsprechenden Nachtrag beschlossen. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden mehrere Darlehensgesuche, Verminderung von Stammvermögen, Anträge auf Abfindung von Gemeindegliedern, ein Gesuch um Erlaubnis zur Veranstaltung von Theateraufführungen sowie Verurteilungen gegen die Heranziehung zur Vermögenssteuer behandelt.

Die Unterbringung erkrankter Gefangener.

Zwischen dem Säch. Justizministerium und dem Rat zu Dresden ist, wie die Wohlfahrts-Korrespondenz erzählt, ein Vertrag über Unterbringung erkrankter Gefangener in einer Krankenanstalt abgeschlossen worden. Erkrankte Gefangene sind, solange sie vom Gefängnisbestand noch nicht abgeschrieben sind, in einem Krankenhaus der Stadt Dresden auf Rechnung der Justizverwaltung unterzubringen. Eine Überwachung des erkrankten Gefangenen übernimmt die Krankenanstalt jedoch nicht. Wird der Gefangene während seines Aufenthaltes in der Krankenanstalt vom Gefängnisbestand abgeschrieben, wird der Haftbefehl aufgehoben, die Strafe abgelaufen oder die Strafverbüßung unterbrochen worden ist, so hat die Gefängnisbehörde der Krankenhauverwaltung davon Mitteilung zu machen und es dem Krankenhaus anheimzustellen, allein einen Krankenstand aufzusuchen und sich dort auf eigene Kosten behandeln zu lassen. Ist beides nicht möglich, so hat die Gefängnisbehörde den Kranken als hilfsbedürftig dem Fürsorgeamt zu melden. In dringenden Fällen erfolgt die weitere Unterbringung auf Kosten des Bezirksfürsorgeverbandes. Bei Gefahr der Weiterverbreitung einer ansteckenden Krankheit — als solche gilt auch Geschlechtskrankheit oder gemeinheitsgefährliche Geisteskrankheit — ist dem Wohlfahrtspolizeiamt sofort Anzeige zu erstatten.

Autozoll für Tuberkulosefürsorge.

Ein originelles Gezei.

Das Reichsgesundheitsamt teilt in der neuesten Nummer des Reichsgesundheitsblatts ein Gezei mit, das die kubanische Regierung zur Bekämpfung der Lungentuberkulose fällig erlassen hat. Das Tuberkulosegesetz der kubanischen Regierung stellt eine Originalität dar, nicht dadurch, daß es bestimmt, in allen Provinzen des Landes Krankenanstalten und Tuberkulosefürsorgestellen zu errichten, sondern dadurch, daß es die für die Durchführung eines solchen Gezeies schwierige Finanzfrage in besonderer Weise löst. Das Gezei bestimmt, daß auf jedes eingeführte Automobil, mit Ausnahme von Lastkraftwagen und Traktoren, ein Sonderzuschlag von 20 Dollar und auf jede Schachtel importierter Zigaretten ebenfalls ein Zuschlag von 5 Cents erhoben wird. Die Höhe auf Schmuckwaren, Brillanten, Kleider, Teppiche, Kunstgegenstände usw. werden um 10 Proz. erhöht. Die Verwaltung der aus diesen Einnahmen fließenden Gelder wird einem Patronat übertragen, das seine Obliegenheiten in Gemeinschaft mit den Staatssekretären für Finanzwesen und öffentliche Arbeiten ausüben wird.

(bürgerlich) und Schlosser Paul Schumann (SPD.), beide aus Wilschdorf. Die Haushaltspläne des Bezirksheim und des Bezirksrates in Wilschdorf für das Rechnungsjahr 1928/29 wurden nach der Vorlage einstimmig angenommen und die Rechnungen des Bezirksheim und des Bezirksrates in Wilschdorf für das Rechnungsjahr 1927/28 einmündig richtiggeprüft. Als Rechnungsprüfer für die Rechnungen des Bezirksheim und des Bezirksrates in Wilschdorf für das Rechnungsjahr 1927/28 wählte man Bürgermeister Kaiser einstimmig wieder. Gegen 2 Stimmen wurden als Vertrauenspersonen für die Schöffens- und Geschworenenswahl auf das Jahr 1929 die Herren der vorjährigen Liste wiedergewählt. Es sind dies A. für den Amtsgerichtsbezirk Werdau-Land: 1. Bürgermeister Richard Wolf, Wilschdorf; 2. Bürgermeister Arno Morgenthal, Wilschdorf; 3. Dampfseilwerke, Wilschdorf; 4. Schulhausmann Hermann Heine, Wilschdorf; 5. Mitglieder: Gutsherr Emil Schlegel, Niederaltersdorf, als Stellvertreter; B. für den Amtsgerichtsbezirk Grimmsdorf-Land: 1. Gutsherr Dr. Hermann Kaufmann, Langenborsdorf; 2. Inspektionsmeister Bernhard Ebert, Reutitz, als Stellvertreter; 3. Gutsherr Mehlhorn, Heinersdorf, als Stellvertreter; C. für den Amtsgerichtsbezirk Wilschdorf-Land: 1. Bürgermeister Claus, Wilschdorf, als Mitglied; 2. Bürgermeister Riedel, Schönfeld, als Stellvertreter. Gegen 2 Stimmen wurden auch a) die Sitzung über die Anstellung, Wechsel- und Beförderungsbefugnisse der Beamten und Beamtenanwärter des Bezirksverbandes, b) die Beförderungsvorschriften für die planmäßigen und nichtplanmäßigen Beamten des Bezirksverbandes und c) die Beförderungsvorschriften mit Stellenplan für die Beamten des Bezirksverbandes angenommen unter gleichzeitiger Ermächtigung der Amtshauptmannschaft zur Annahme von etwa sich nötig machenden redaktionellen Änderungen. Der Haushaltsplan des Bezirksverbandes wurde nach längerer Aussprache wiederum gegen 2 Stimmen nach der Vorlage genehmigt. Die Rechnungen des Bezirksverbandes wurden richtiggeprüft und als Rechnungsprüfer für das Rechnungsjahr 1927/28 Bürgermeister Morgenthal und Gemeindefürer Pilz, beide aus Wilschdorf, einstimmig wiedergewählt.

Wilschdorf. Unter dem Vorsitz des Kreisamtmanns Dr. Nani fand am 13. November die 8. diesjährige Sitzung des Kreis-Ausschusses Wilschdorf statt. Zur Beratung standen 39 Punkte. Der für die Abredung des Amtes als Mitglied des Kreis-Ausschusses von Bürgermeister I. R. Heise in Lebensvollendung gemachte Grund wurde anerkannt. An seine Stelle tritt der Bürgermeister Dr. Kleeberg-Schneeberg, der vom Vorsitzenden beauftragt wurde. Genehmigt wurden: Die Sitzung des Gemeindevorstandes für den Heimbürgerversammlungsbereich (Kogel) — Ruppertsgrün; der 1. Nachtrag zur Sitzung des Gemeindevorstandes bei der Sitzung des Bezirksfürsorgeverbandes der Stadt Werdau und das Ortsgezei über die Befreiung der Stellenanwärter der Stadt Treuen von der Angehörigenversicherungspflicht. Die Sitzung für die Sparsache des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Wilschdorf wurde von der Amtshauptmannschaft Wilschdorf am 7. November 1928 beschlossene Abänderung des § 3 der Satzung ebenfalls genehmigt. Bedingungenweise genehmigt wurden: Das Ortsgezei über die Abgabe von Wasser aus den hiesigen Wasserleitungen zu Schneberg und das Ortsgezei der Stadt Wilschdorf über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht. In die Verwaltungsausschüsse für die Gebäude- und Mobiliarsicherung bei der Landesbahnversicherungsanstalt wurden folgende Vertreter der Versicherungsnehmer gewählt: 1. Verwaltungsausschüsse für die Gebäudeversicherung: Mitglieder: Stadtrat Otto Wiegling-Plaun, Bürgermeister Keller-Plaun, Rittergutsbesitzer Ratten-Rosenberg, Post-Belegungsamt, 2. Verwaltungsausschüsse für die Mobiliarsicherung: Mitglieder: Bezirksamtsdirektor Gell-Plaun, W. d. L. Kurt Müller-Plaun, Kreisamtmann, R. d. L. Kurt Müller-Plaun, Kreisamtmann, R. d. L. Kurt Müller-Plaun. Über die Freisetzung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Schneeberg für das Rechnungsjahr 1928 hat der Kreis-Aussch. den entsprechenden Nachtrag beschlossen. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden mehrere Darlehensgesuche, Verminderung von Stammvermögen, Anträge auf Abfindung von Gemeindegliedern, ein Gesuch um Erlaubnis zur Veranstaltung von Theateraufführungen sowie Verurteilungen gegen die Heranziehung zur Vermögenssteuer behandelt.

• Die religiösen Beamten Sachsen bitten um bekanntzugeben: Die diesjährige Landeskonferenz der Vereinigung gläubiger Beamten im Freistaat Sachsen findet am Sonntag im Chemnitz im Gemeindefesthaus, Lutherplatz 10, statt. Die Hauptansprache hält der Stellvertreter der Deutschen Beamtenschaft, Oberabschreiber Schaffner aus Darmen. Im Anschluß an die Konferenz findet am Montag in Dresden im großen Saale der Landesfürsorge-Gemeinschaft, Mühlstraße 7, 20 Uhr ein Beamtensmissionabend statt, an dem Herr Landgerichtsrat Götter über das Thema „Unter Dienst“ sprechen wird. Der Vortrag wird von musikalischen Darbietungen untermalt werden.

Der Reichsrat paraphiert das Genfer Protokoll zur Einschränkung des Gastrieges.

Berlin, 15. November. Der Reichsrat nahm am Donnerstagnachmittag ein Gesetzentwurf betreffend das Genfer Protokoll wegen Einschränkung des Gastrieges an. Es handelt sich dabei um die Zustimmung Deutschlands zu dem im Juli 1925 in Genf unterzeichneten Protokoll, das ein Appell an das Weltgewissen ist...

Irrtümliche Ansichten über die Freigabe in Amerika beschlagnahmten Eigentums.

Berlin, 15. November. Trotz aller aufklärerischen Bekanntmachungen in der deutschen Presse scheint immer noch die Ansicht verbreitet zu sein, daß die amerikanische Regierung, nachdem das Freigabegesetz einmal erlassen worden ist, von sich aus die Rückgabe der beschlagnahmten deutschen Werte anordnen werde...

Es sei in diesem Zusammenhang übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß deutsche Firmen, die Vorkaufsbedingungen gegen amerikanische Kunden haben, nur dann einen Freigabeantrag an den Alien Property Custodian stellen können, wenn die amerikanischen Kunden die Schuldbeträge fernerzeit an den Alien Property Custodian überweisen haben...

Die Auslandsanleihepolitik der deutschen Städte.

Berlin, 15. November. Kürzlich wurde von der Beratungsstelle für Auslandsanleihen die Ausfertigung der zweiten Transche der Sammelanleihe der deutschen Wirtschaften abgeschlossen. Maßgebend für die Haltung der Beratungsstelle waren, wie behauptet wurde, die ungünstigen Anleihebedingungen...

Kapitalmarktfrage gegenüber sich so ungnädig, daß vor dem nächsten Frühjahr hierüber ebensowenig wie an eine Auslandsanleihe gedacht werden kann.

Für den Fünftadladerabend am heiligen Abend. Ein Appell der evangelischen Kirche.

Berlin, 15. November. Zur gegenwärtig vieldeutigen Frage des 5-Uhr-Abendessens am heiligen Abend nimmt der Provinzialkirchenrat, die oberste Instanz der evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg, in einem Aufruf an die evangelische Bevölkerung Stellung. Die Rundgebung knüpft an die von dem Verband der weiblichen Handels- und Dienstleistungsberufe erhobene Forderung an...

Die deutschen Hochschulen und das Versailleser Diktat.

Berlin, 15. November. Auf Anregung des Reichsausschusses Deutscher Verbände hat die 13. Deutsche Restrukturierung am 7. Januar 1925 in Darmstadt die Forderung erhoben, daß die Frage nach der Schuld an der Entfesselung des Weltkrieges eine gründliche wissenschaftliche Klärung erfahre...

Zu lebhafter Debatte führte die Anfrage Franke (Eos.), die Anträge auf die Aufhebung der Kommandanten von Trossen an die Wehrmacht Schulen zum Besuche einer Schülervertretung der Reichswehr im Jilms am 5. November. Statt Dr. Matthes erklärte, daß die Maßnahme in einem Prinzipgespräch eines Ausschusses des Kommandanten am Nachmittag des 2. November bekannt habe...

Die Höhe der Entschädigungen für das französische Wieder-aufbaugebiet.

Paris, 16. November. Nach dem "Petit Parisien" ergibt sich aus einer in der gestrigen Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für das Wiederbaugebiet bekanntgegebenen Statistik, daß von 85 076 Millionen Franken angemeldeter Schäden jetzt nur noch etwa 10 Milliarden zu begleichen sind.

Abgefürztes Prozeßverfahren gegen Deutsche in Oberschlesien.

Kattowitz, 15. November. Der verantwortliche Rechtsanwalt des "Vollwitters" habe sich heute wegen einer Privatklage eines Mitgliedes des Ausschusses vor dem Gericht zu verantworten. Das Gericht lehnte es ab, die Forderungen des Beklagten zu übernehmen...

Bleibt Paul-Boncour Bötterbundsdelegierter?

Paris, 16. November. "Matin" bestätigt die gestern vom "Echo de Paris" gebrachte Meldung, daß die Kommission Paul-Boncours als Delegierter beim Völkerverbund unmittelbar bevorstehe. "Matin" glaubt jedoch, daß die Ausreisung von Deutschland in der jetzigen Situation Paris entgegenstehen wird, mit diesem Entschluß nichts zu tun haben.

Aus der Landeshauptstadt.

Gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften.

Rat und Stadtverordnete hielten am Donnerstag eine gemeinsame Sitzung ab, um Stellung zu nehmen zu dem Eingangsprotokolle des Ausschusses in der Frage der Durchführung einer...

Stadtverordnetensitzung.

Das Kollegium nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag zunächst die Wahl der Beiräte für die Sitzung Dezember in Dresden stattfindende Mitgliederversammlung des Sächsischen Gemeindeförderungsinstitutes an...

Am 8. November hatte sich das Kollegium eingeladen zur Entlassung von Saisonarbeitern durch die Stadigarantieverwaltung beschleunigt. Die Angelegenheit war schließlich dem Prüfungsausschuss übergeben worden. Das durch einen demokratischen Wahlantrag ergänzte Ausschussmitglied wurde zum Beschuß erhoben...

* Neubrandenburger Stadtpläne. Im dritten Vierteljahr 1928 sind 875 ha des Stadtplanes 1:1000 und 2500 ha des Stadtplanes 1:5000 laufend gestellt und ein einseitiger Schwarmbrand neu aufgelegt worden.

* Reichswehr im Ort. Die Deutsche Reichspost rechnet wegen der am 1. Januar eintretenden Ermächtigung der Reichswehrgebühren mit einem starken Zugang neuer Anwohner. Sie macht in ihrem Anblick bekannt, daß Annehmungen auf Reuanträge zum 1. Januar schon jetzt entgegen-

genommen werden. Der Reichswehr ist ein sehr bereicherter Dienst und ein gutes Mittel gegen die Einseitigkeit über den eigenen Ort hinaus werden Gesprächsverbindungen mit jedem anderen Orte in Deutschland, mit den meisten außerdeutschen Orten in Europa und sogar in Amerika binnen kürzester Zeit hergestellt.

* Deutsche Lehrerbildung in Dresden 1929. Bislang 1929 werden Tausende deutscher Volksschullehrer in Dresden zusammenkommen. Dresden beherbergt in diesen Tagen die Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung, die von Deutschen Lehrern, die von 150 000 Mitgliedern umfasst und in den überwiegenen Teil der deutschen Volksschullehrer organisiert ist, einberufen wird...

* Eine Zolngerichtspräsidentin. Die Ernennungsbekanntmachung vom 25. November, 16 Uhr in der sächsischen Feuerbestattungsanstalt. Der maßgebende Teil der Feier wird aus Berlin Hans Schubert bestreiten. Die Ansprache hält Herr Dr. Schmidt. Vortragensordnungen sind im sächsischen Bestattungsanstalt im Neuen Rathaus oder in der Inspektion der sächsischen Feuerbestattungsanstalt, Wehlener Straße 13, zum Teile von 30 Uhr, erhältlich.

* Nichtgenehmigte Postanstalten. Die Nachrichtendienst der Oberpostdirektion teilt mit: Vielfach verlästlichen Personen, bei denen nichtgenehmigte Postanstalten vorgeschrieben werden, sich damit zu entschuldigen, daß sie geglaubt hätten, zu einer Erprobung der Postanlage ohne Anmeldung berechtigt zu sein. Es wird daher nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß vor der Errichtung der Postanlage oder sonstiger Teile davon die Genehmigung des zuständigen Postamtes eingeholt werden muß.

* Maßstab und Fußmaß im Wohnungsverkehr. Auf Veranlassung der Reichlichen Polizeiverwaltung empfiehlt das sächsische Ministerium für Volksbildung zwei festeren einheitliche Maße: "Der Maßstab im Wohnungsverkehr" und "Die Maße der Fußmaßstab im Wohnungsverkehr". Die Maße sind von höheren Reichsprüfungsausschüssen festgesetzt und im Verlage der Dr. Winkler'schen Buchverlag in Dresden erschienen.

* Vertagung von Raubgegenständen. Die in den sächsischen Volkswirtschaften gefundenen Raubgegenstände, für die sich Empfangsberechtigte nicht melden wollen, sollen am 22. d. M. 10 Uhr im Neuen Rathaus, Erdgeschoss, Eingang Straßstraße 13, gemäß § 30 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs öffentlich versteigert werden.

* Olympische Spiele. Das Staatstheater in Dresden-Rustschke hatte unter diesem Namen keine Schauspieler in Dresden am 16. November in der Wälder des Waldschloßes zu einem Schulte eingeladen, dessen Bekanntheit dem Schloß in Dresden zugekommen soll. Unterbrechung dem Vortrage in Anstalt und unter der Verantwortung der sächsischen Theaterverwaltung wurden alle weiteren Verhandlungen abgebrochen.

* Die Maßstab für den sächsischen Wohnungsbau. Am 22. April d. J. erging es sich auf der sächsischen Wohnungsbaus ein Urteil, der sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil...

* Amdenhausen. Die Bauverwaltung hat den sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil, die sächsischen Wohnungsbau ein Urteil...

Amliche Devisenliste. Berlin, den 16. November 1928.

Table with columns: Devisenart, 16. 11., 16. 11., 16. 11., 15. 11. (Weil). Rows include various currencies like 100 Gulden, 100 Reichsmark, etc.



Bermischtes.

Das weitere Schicksal des Raubmörders Hein.

Die 'Süddeutsche Zeitung' berichtet, daß das weitere Schicksal des Raubmörders und Räubers Hein nach der Verurteilung der Revision nunmehr bei der bayerischen Staatsregierung liegt, der ein Gnadenersuchen des Verteidigers zugestanden sei.

Rafelwagenpark verboten.

Am kommenden Sonntag beabsichtigt der Ingenieur Kurt C. Kollhart aus Düsseldorf, in Berlin ein von ihm selbst konstruiertes Rafelwagenfahrzeug vorzuführen. Der Rafelwagen, den Kollhart selbst steuern wollte, sollte in der Straße der Hof der Öffentlichkeit während des Startes und auf der Fahrt gezeigt werden.

Großfeuer in Mannheim.

Im Mannheimer Industriebezirk ist ein Verein deutscher Maschinenbauingenieure angetreten. Da eine Forderung des Brandes unerschütterlich erschien, beschränkte man sich auf die Sicherung der anliegenden Gebäude. Das niedergeratene Lagerhaus war ein vierstöckiger Bau.

Die amtliche Untersuchung der 'Festris'-Katastrophe.

In dem Fall wurden sechs Personen wegen Unterlassung der Katastrophe der 'Festris' oermommt. Den Blättern zufolge haben ihre Aussagen folgende Feststellungen ergeben: 1. daß sich bereits am Sonntag früh zeigte, daß der Dampfer nicht vollständig war; 2. daß der dachlose Hülsenfuß viel zu spät erfolgte; 3. daß beim Ausfahren des Bootes große Verwirrung herrschte und daß die für das Ausfahren gebrauchte Zeit ungenutzt lang war; 4. daß einige Boote ungenügend ausgerüstet und nicht vollständig waren, daß keines von ihnen imstande war, die 60 Personen aufzunehmen, für die es bestimmt war.

Radiofizierung der Verkehrswege in der Sowjetunion.

Der Truß der Leningrader Werke für Schweißapparate hat den Auftrag erhalten, die Eisenbahnlinien und Wasserwege der Sowjetunion mit Funkanlagen zu versehen. In allen Hafen- und Landungsplätzen im Norden und selbst auf allen kleineren Schiffen werden Funkstationen eingerichtet. Auch auf sämtlichen Eisenbahnlinien wird der Funk wichtige Verwendung finden. Selbst bei der Zusammenstellung der Eisenbahnzüge wird der Funkdienst mit tätig sein.

Volkswirtschaft.

Die Besprechungen beim Düsseldorf-Regierungspräsidenten über die Lage in der Eisenindustrie. Düsseldorf, 16. November. Die Besprechungen beim Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf haben gleich nach dem

Eintritt des Reichsarbeitsministers Bäckel eingeleitet. Zur Besprechung waren noch Oberlandesgerichtsrat Jötten und Oberregierungsrat Briesch, der amtliche Schlichter für Dortmund, hinzugezogen. Auch der Regierungspräsident von Bergedorf war gestern morgen in der Düsseldorf-Regierung anwesend.

Ein Vorschlag der Arbeitgeber.

Vetina, 15. November. Von Arbeitgeberseite ist ein Vorschlag auf Abänderung des Lohnschießens gemacht worden, wonach die Stundenlohnveränderung von 6 Pf. nicht allgemein getroffen werden soll, sondern nur einem gewissen Teil der Arbeiter.

Schlichtungsverhandlungen im Industriebezirk Hagen-Schwelm.

Hagen, 16. November. Der Deutsche Metallarbeiterverband beantragte beim Schlichtungsausschuss in Hagen Schlichtungsverhandlungen für den Lohnkampf im Industriebezirk Hagen-Schwelm. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat diesem Antrage stattgegeben und die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu den für morgen vorzunehmenden Schlichtungsverhandlungen eingeladen.

Der Vierteljahresbericht der Reichspost.

Die deutsche Reichspost veröffentlichte ihren Bericht über das vierte Viertel (Juli bis September) des Wirtschaftsjahres 1928. Die im vorigen Vierteljahr gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres beobachtete Steigerung des Postanweilens, Zahlarten- und Zahlungsumsatzes sowie des Postauftrags- und des Nachschmerverlechs hat angehalten. Im vierten Vierteljahr hat auch die Zahl der Briefstücke gegen das Vorjahr zugenommen; dagegen ist der Paketverkehr etwas zurückgegangen. Der Päckerverkehr, der seit dem 1. Juli auf neue Grundlage gestellt worden ist und jetzt Päckchen bis zum Gewicht von 2 kg zuläßt, hat sich gut entwickelt.

Aus der Tätigkeit der Handelskammer Dresden.

In Berichten an den Deutschen Industrie- und Handelsrat und die sächsischen Handelskammern besetzte sich die Kammer in Form einer

wichtigen Zielsetzung mit der Frage einer Neuordnung des amtlichen Schlichtungswesens. Sie vertrat grundsätzlich die Auffassung, daß amtliche Schlichtungsstellen trotz ihrer öffentlichen Stellung nicht schlichtend abgehandelt werden, wohl aber sei es von politischer Wichtigkeit zu bestehen. Den streitenden Parteien solle im Gegenzug zur bisherigen Regelung eine eigene Verantwortung für ihre Stellungnahme auferlegt werden, so daß, wenn alle Beteiligten die Verbindlichkeit eines Schlichters ablehnen, sie nicht mehr zulässig sein sollte. Eine Verbindlichkeitsklärung müsse im übrigen mit Zweidrittelmehrheit von einem Ausschuss ausgesprochen werden, dessen Vorsitzender der Schlichter ist und dem von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern je ein oder zwei Vertreter und von den unteiligen Arbeitgebern und Arbeitnehmern je ein Vertreter angehören.

Berliner Börse.

An der gestrigen Berliner Börse lagen eine Reihe ungünstiger Nachrichten aus der Wirtschaft vor, wie z. B. die Unsicherheit über die Entwicklung des Kohlenbaus in der Oberrheinbahn, Steigerung der Heizkosten im Ruhrgebiet usw. Dazu kamen die unpolitischen Schwereigkeiten usw. Trotzdem begann die Börse in fester Haltung, da das Ausland Käufe in größeren Umfange vornahm. Aufgestiegte die Befestigung der Tendenz an der gestrigen Berliner Börse der Stimmung an der Konstantinmarkt konnten Steigerung fünf um 4% höher notieren. Die übrigen Kursrichtungen waren dagegen ruhig, auch Kursrückgänge waren nicht selten.

Die sächsischen Börsen.

Dresden. In ihrem bescheiden Charakter bezieht die Börse auch gestern die Ausschüsse auf eine baldige Beilegung des Eisenstoffes recht optimistisch. Aber trotz der zureichenden Stimmung bewegte sich das Geschäft in recht engen Grenzen. Die größte Steigerung am Bankmarkt notierten wieder Reichsbank, die ihren Angebotszins von 4,5% nachher auf verdoppelt konnten. Am Kapitalmarkt gingen Danksfeld mit einer erheblichen Steigerung aus dem Verkehr. Größere Gewinne erzielten Polphoff und Kaufmanns Bank. Das Interesse für Photospaare ließ gestern wesentlich nach, lediglich Dr. Kurz lag 2 1/2% höher. Wechselaktien und Elektrowerte veränderten sich kaum, dagegen setzten fremdsche Aktien mehrfach größere Steigerungen durch, so besonders mit Keroman, Kalla und Schenck, die seit ihrer letzten Notierung gehen 3 1/2% höher lagen. Am Bankmarkt befestigten sich Postbank, Kitzler und Akti nennenswert auf.

Dresdner Kurse vom 15. November

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Wertpapiere, and Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Papiere. Includes entries like 1/2 Reichsbank, 1/2 Reichsbank, etc.

Table with columns for Wertpapiere and Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Papiere. Includes entries like 1/2 Reichsbank, 1/2 Reichsbank, etc.

Table with columns for Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Papiere. Includes entries like 1/2 Reichsbank, 1/2 Reichsbank, etc.

Banken freundlich und weitläufig gelehrt. Es gewonnen: Reichsbank 6, Mittelcredit 1 und Dresdner, Danat und Commerzbank je etwa 1/2%. Kurk und Sächsen je 1/2% schwächer. — Wechsel- und Metallwerte leicht nachgebend. — Weniger höchsten 1/2 Hartmann 1/2 und Richter 1/2 ein. — Festwerte erholt, jedoch nicht ganz einheitlich. Böher notieren Stöhr 4,25, Wittgenstein 1, Falkenreiner (Gardiner) 2,5 und Leipzig (Trotz) 1/2%. Dagegen verloren Leipziger Stammgarn 2 und Nordwolle 1%. — Konsumwerte passten sich an den freundlichen Gesamtmarkt der Börse an. Randfeld + 1,25, Kratwiese freundlich, Landkraft Leipzig + 1,5 und Thüringer Gas + 1/2%. Im übrigen profitierten Polyphon 8 und Aquet etwa 1%.

Der preussische Handelsminister über die Lage im Bergbau. Im preussischen Landtag führte der Handelsminister Dr. Schröder u. a. aus: Seit dem Frühjahr befinden wir uns in Deutschland auf wichtigen Wirtschaftskontingen ungewissheit in einer abtanzenden Konjunktur. Es fragt sich, ob der Bergbau bei dieser Konjunktur weiter in der Lage sein wird, die gleichen Löhne zu tragen ohne schwere Schädigung unserer Volkswirtschaft. Auch durch die Frachtensteigerung wird der deutschen Kohlenwirtschaft der Konkurrenzkampf außerordentlich erschwert. Die englische Kohle bringt in zunehmendem Maße nach Berlin und Sächsen den Preis der Kohlenpreise, mit denen der deutsche Bergbau zu kämpfen hat, nicht überwinden lassen. Die staatlichen Betriebe liefern einen unannehmbaren Beweis für den Ernst der Lage. Es ist daher nicht zu bestreiten, daß eine Reihe von Unternehmen in dieser schwierigen Situation sich nur dadurch hat helfen können, daß sie die am ungünstigsten arbeitenden Betriebsstellen oder Betriebe schloß, so schmerzlich das für die dadurch betroffenen Beschäftigten und Gemeindef. Jedenfalls besteht aber nur in der Hoffnung, ohne wesentliche Einschränkung der Produktion die jetzigen Löhne weiterzuführen. Bisher hat sich gezeigt, daß die bei Entlassungen zur Entlassung gelangten Arbeiter zum allergrößten Teil auf dem Arbeitsmarkt wieder unterzukommen sind. Es erscheint daher auch im Interesse der gegenwärtig noch vorhandenen 350 000 Ruhrbergarbeiter richtig, die unter den heutigen wirtschaftlichen Konjunkturbedingungen nicht mehr wirtschaftlichen Betriebe stillzulegen, um den Gesamtberauben gesund zu erhalten. Selbstverständlich kann es nicht zugehen werden, daß die Unternehmen, denen wichtige nationale Bodenschätze anvertraut sind, nach ihrem freien Willen die Reden zur Stilllegung zu drängen. Es wird stets die sorgfältige Prüfung derartiger Absichten notwendig sein. Ich bin in Übereinstimmung mit der Auffassung des Landtages durchaus bereit, jeder wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Entlassung mit aller Entschiedenheit zu begegnen. Ich werde mich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen, um mit ihr zu prüfen, ob und welche Änderungen der Entlassungsbestimmungen möglich sind, um wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Entlassungen unter allen Umständen zu verhindern.

Bereinigtes Kalkül der Normblätter des Gewerbetreibers hat das Reichspostministerium mitteilt, als häufig im Unternehmungskreis der Postanweisungen und Zahlarten und im Postfachverkehr der Überweisungen und Postkäse der Reichsbankbetrag nicht mehr in Buchstaben überholt zu werden braucht, wenn der Betrag in Ziffern in dem bisher für die Überholung in Buchstaben vorgesehenen gestrichelten Raum niederschriftet wird. Der Ausdruck der Normblätter wird geändert werden.

Bergarbeiterentlassungen im Ruhrbergbau. Auf Grund von Entlassungsbestimmungen mit dem Oberbergamtsdirektor Bese kommen nunmehr auf der Zeche Centrum I-II 370 Arbeiter und auf der Zeche 'Fröhliche Morgenröte' 250 Arbeiter zur Entlassung. Über die etwaige gänzliche Stilllegung der Zeche 'Fröhliche Morgenröte' soll noch in Zukunft von dem Oberbergamt verhandelt werden.

Mus Sachsen.

(Fortsetzung von Seite 4.)

Steuererleichterungen bei Dürre und Frost.

Das Sächsische Finanzministerium hat die Grundsteuerbehörden angewiesen, auf Ersuchen Landwirten, deren besondere Kollage durch Trockenheit...

„Deutsche Gerichtsstätten im Lichtbild.“

Oberjustizdirektor Paul Windisch in Borna (Bez. Leipzig) hat unter abgem. Titel einen Begleittext zu 32 Lichtbildern herausgegeben, die Originalaufnahmen von deutschen Justizgebäuden sind.

Die sächsische Reichstagsabgeordneten Dr. Rademacher, Domich, Hartmann und Dr. Philipp haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, auf die Reichsbahn...

Die sächsische Reichstagsabgeordnete Dr. Rademacher hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, auf die Reichsbahn...

Aus der Neffestadt.

Das Hochschulfstudium der Volkshochschullehrer. Im Sommersemester 1928 betrug die Zahl der Studenten, die an der Universitäts- und der Technischen Hochschule in Dresden in der Ausbildung zum Volkshochschullehrer begreifen waren...

Eine wichtige Reichsgerichtsentscheidung. Das Reichsgericht hat in der Frage, ob Landgemeinden unter 3000 Einwohnern besondere Gemeindeverordnungen ausstellen können...

Eine Volkshochschulwoche in Leipzig. Die Landesstelle für freies Volkshochschulwesen veranstaltet vom 3. bis 5. Dezember in Leipzig einen staatlichen Lehrgang für Volkshochschullehrer...

Staatspolitische Lehrgänge. Die Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Landbediensteten veranstaltet in Leipzig im Weißen Saal des Zoologischen Gartens wiederum einen staatspolitischen Lehrgang...

8 Uhr: Frankreichs auswärtige Politik während der letzten 60 Jahre. Vortragender: Generalleutnant a. D. Graf Montgelas-Berlin...

Todesfall. Der Landgerichtsdirektor Du Chesne, Vorsitzender einer Berufungsabteilung am Landgericht Leipzig, ist im Alter von 61 Jahren gestorben.

Streit der Grabsteine. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, sind nachdem die Verhandlungen über einen neuen Reichsgrabertrag für die Grabsteine gescheitert sind, in Leipzig die Grabsteine teils geschlossen in den Streit getreten.

Aus Chemnitz.

Der Kreisaußschuß Chemnitz erledigte in seiner Sitzung eine große Anzahl von Darlehnsgesuchen. Es wurden Darlehen genehmigt für die Stadtgemeinde Chemnitz 38.000 RM...

Ausweitung der Fischpaukrade. Die Eisenbahnstraße zwischen Riechowitz und Trausnitz wird am 21. November wegen der Ausweitung der Fischpaukrade gesperrt.

Aus Stadt und Land.

Weitzha. Für Familien, deren Väter längere Zeit erwerbslos sind, haben die Stadtbewohnerinnen 1000 RM für Weihnachtsgaben bewilligt.

Planen. Wegen das freisprechende Urteil des Schwurgerichts Blauen gegen den Kirtkaufbesitzer Berger und die Ehefrau Maria Müller wegen Rodes beziehungsweise Diebstahl zum Mord hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Stollberg. Die Stadtbewohnerinnen halten in ihrer Sitzung vom 26. Oktober mit Stimmengleichheit die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Rißow abgelehnt, wogegen der Rat Einspruch erhob...

Berbau. Gestern früh wurde auf dem Bahnhof der 25 Jahre alte Arbeiter Delinke aus Berlin festgenommen, der in Grimmitzsch einen schweren Schaufelstreich in einem Goldwägen und Wägengehäuse verübt hatte.

Zittau. Am Mittwoch wurden einem 19 Jahre alten Arbeiter in einem hiesigen Werke die Spitzen der drei Mittelfinger der rechten Hand abgepflegt. Er wurde ins Städtischen Krankenhaus geschafft.

Die Komödie. Der Projekt Mark Zagan. (S.-B.-B. Nr. 1. Nr. 351 bis 400; Dr. S.-B.-B. Nr. 951-1000. Anfang 1/2 8 Uhr.)

Bücherbesprechungen.

Deutsches Österreichische Literaturgeschichte. Herausgegeben von Eduard Casle. Verlag von Carl Fromme in Wien. Jede Lieferung 8,40 RM. Es ist ein seltsamer Zufall der Geschichte...

In den einzelnen österreichischen Ländern zum Abschluß, wobei glücklicherweise neben der Literatur auch Theater- und Zeitungsreisen mit betragend werden. Auf diese Weise wird ein umfassendes Bild des gesamten kulturellen Lebens gewonnen.

Bettertelegramme aus Sachsen vom 16. November 1928, vormittags 8 Uhr. Dresden: Höhe 110 m. Min.: 8. Max.: 12. Niederschlag: —. Temperatur: 9. Wind: SO 3.

Geflügel-Ausstellung (Landes-schau) : Ausstellungspalast : Lennéstrasse 3000 Tiere - Verlosung

Die Sächsische Landespfandbriefanstalt in Dresden geschafften durch das Gesetz vom 30. Juli 1925 als öffentlich-rechtliche Anstalt unter der Gewähr des Freistaates Sachsen, bringt nominell 5 Millionen Goldmark (1 Goldmark = 1/2790 kg Feingold)

Auch du hast zum Totenfest Gräber mit Blumen zu schmücken, um Dankeschuld abzutragen. Unverwekliche Blumen kosten bei Hesse, Scheffler, 12, 1 Dtz. 1 M. 3237

Tagestheater. Sonnabend, 17. November. Opernhaus. Kupfer Anrecht: Die Bohème. (Dr. S.-B.-B. Nr. 94-109.) Anfang 1/2 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Sächsische Landespandbriefanstalt. Uhr. Ende nach 10 Uhr. — Nachtvorstellung: Langabend mit Ören. Anfang 1/2 12 Uhr.

Refidenztheater. Radm. 4 Uhr: Rindermärchenvorstellung: Rotkäppchen. (Trm. Fr.) Ende nach 6 Uhr. — Abends 8 Uhr: Gastspiel Wally Streich, Oskar Rigner: Der Graf von Capliostro.

Gemeinde-Krankenpflegerin. Für den neugegründeten Gemeindepflegeverband Pöllnitz u. Umg. wird für sofort eine ausgebildete Pflegerin gesucht. Bewerbungen bis zum 1. Dezember 1928 erbeien.